

ZWISCHEN SCHUTZBEDÜRFTIGKEIT
UND ALLEINVERTRETUNGSANSPRUCH:
DIE BEZIEHUNGEN DER SUDETENDEUTSCHEN
HEIMATFRONT ZU DEN TRADITIONELLEN
BÜRGERLICHEN DEUTSCHEN PARTEIEN
IN DER TSCHECHOSLOWAKEI 1933–1935

Von Jens-Hagen Eschenbächer

Mit der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) im Oktober 1933 entstand eine – verglichen mit den traditionellen Parteien – in vielerlei Hinsicht andersartige politische Kraft, die in dem parlamentarisch-demokratischen System der Ersten Tschechoslowakischen Republik von Beginn an einen Fremdkörper darstellte. Die SHF betrat die politische Bühne mit dem Anspruch, die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei, jedenfalls sofern sie „bewußt auf dem Boden der Volksgemeinschaft und der christlichen Weltanschauung“ stand, „über alle Parteien und Stände hinweg“ unter ihrem organisatorischen Dach zusammenzufassen¹. Die Führung der Heimatfront mit dem Vorsitzenden Konrad Henlein an der Spitze lehnte es ab, sich in das bestehende, durch eine Vielzahl miteinander konkurrierender Weltanschauungs- und Interessenparteien geprägte sudetendeutsche Parteiensystem einzuordnen. Ihrem Selbstverständnis nach war die SHF nicht Partei neben anderen Parteien, sondern eine „Volksbewegung“², die sich „notgedrungen“ – aus rechtlichen Gründen und um im bestehenden System politisch wirksam werden zu können – in ihrer äußeren Form als Partei konstituierte³. Als nominell überparteiliche und klassenunabhängige Sammlungsbewegung strebte sie aber auf der Grundlage einer inneren ständischen Gliederung die „restlose Erfassung aller Volksgenossen“ innerhalb der Tschechoslowakei an⁴.

Der darin zum Ausdruck kommende Alleinvertretungs- und Totalitätsanspruch basierte ideologisch auf dem Konzept der „sudetendeutschen Volksgemeinschaft“⁵. Ausgehend von einer strikten Ablehnung von Marxismus und Kapitalismus, Liberalismus und Individualismus propagierte die junge, aus der Turn- bzw. bündischen Jugendbewegung hervorgegangene und im elitär-antidemokratischen Kamerad-

¹ Gründungsaufruf vom 1. 10. 1933. Konrad Henlein spricht. Reden zur politischen Volksgemeinschaft der Sudetendeutschen. Hrsg. v. Rudolf Jahn. Karlsbad - Leipzig 1937, 9.

² Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront. 2. Aufl. Karlsbad 1934, 9 (Bücherei der Heimatfront 1. Reihe, 1. Heft).

³ E b e n d a 9–17. – „Warum parteimäßige Gliederung?“ Rundschau vom 18. 3. 1934.

⁴ Gründungsaufruf vom 1. 10. 1933. Konrad Henlein spricht 10.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. Wesen und Werden der SHF 18–40.

schaftsbund⁶ politisch-ideologisch geschulte SHF-Führungsgruppe in Anlehnung an das Gesellschaftsideal des Wiener Soziologen Othmar Spann als politisch-soziales Leitbild die Idee einer einheitlichen, gleichsam „organisch“ aus Ständen zusammengesetzten und autoritär geführten sudetendeutschen Gesellschaft, in der von allen Einzel- und Gruppeninteressen die „bedingungslose Einordnung [...] in das übergeordnete Interesse der Gesamtheit“ gefordert wird⁷. In bemerkenswerter Offenheit gab Henlein unmittelbar nach Gründung der Heimatfront vor Vertretern der Presse seine Zukunftsvision von einer „straff geführte[n] Organisation des Sudetendeutschums“ zu Protokoll, in der letztlich „ein Wille“ entscheiden können müsse. Um eine einheitlich geführte Politik zu gewährleisten, führte Henlein weiter aus, dürften nicht verschiedene Meinungen nebeneinander gelten. Es müsse vielmehr möglich sein, „bis in die letzten Untergliederungen durchzugreifen, um Unzukömmlichkeiten oder Disziplinwidrigkeiten sofort abstellen zu können“⁸.

In einer solchermaßen nach dem „Führerprinzip“ durchorganisierten Gesellschaft war für parteipolitischen und gesellschaftlichen Pluralismus, wie er das öffentliche Leben in der Tschechoslowakei prägte, kein Platz. Die ausgeprägte politische und organisatorische Vielfalt des sudetendeutschen Parteien- und Verbändewesens galt der SHF als Ausdruck „führerlose[r] Zersplitterung“⁹ und erschien zusammen mit den „egoistischen Methoden“¹⁰ der bisherigen Parteipolitik als Haupthindernis für die angestrebte Formierung der organisatorisch geschlossenen und unterschiedliche sozioökonomische Interessen überwölbenden Volksgemeinschaft, von der die Überwindung der Wirtschaftskrise, die in der Tschechoslowakei erst 1933 ihren Höhe-

⁶ Zum Kameradschaftsbund vgl. Haag, John: „Knights of the Spirit“: The Kameradschaftsbund. *Journal of Contemporary History* 8 (1973) 133–153. – Luh, Andreas: Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung. München 1988 240–261. – Olivová, Věra: Kameradschaftsbund. In: *Z českých dějin. Sborník prací in memoriam prof. dr. Václava Husy*. Praha 1966, 237–268.

⁷ Wesen und Werden der SHF 34. – Das Konzept der „sudetendeutschen Volksgemeinschaft“ geht zurück auf die innerhalb des Kameradschaftsbundes maßgeblich von Heinrich Rutha entwickelte Idee der Schaffung eines politisch wie geistig geschlossenen, ständisch gegliederten, sozial ausgeglichenen und – innerhalb der Tschechoslowakei – autonomen „sudetendeutschen Stammes“ bzw. „Stammeskörpers“. Vgl. insbes. Lenk, Richard [Heinrich Rutha]: Der Sudetendeutsche Stammeskörper. In: *Die erste Position*. O. O. 1929, 12–30. – Da das Stammeskörperkonzept heftige Kontroversen im völkisch-nationalen Lager auslöste und den Kameradschaftsbündlern in der SHF von seiten des radikalen „Aufbruch“-Kreises den Vorwurf einbrachte, die „Verschweigerung“ der Sudetendeutschen, ihre geistig-kulturelle Loslösung vom Muttervolk anzustreben, wurde der Begriff „sudetendeutscher Stamm“ in öffentlichen Verlautbarungen der Heimatfront zunehmend durch die unverfänglichere und konsensfähigere Bezeichnung „sudetendeutsche Volksgemeinschaft“ verdrängt. Inhaltlich hielten die maßgeblichen Kräfte in der SHF-Führung jedoch zumindest bis 1935 am Stammeskörperkonzept fest. Vgl. den Artikel „Verschweigerung, Sudetendeutsches Volk, Sudetendeutscher Stamm?“ *Rundschau* vom 21.10.1934. – Brand, Walter: Die Idee des „sudetendeutschen Stammes“. *Verschweigerung, Volksverrat oder sudetendeutsches Schicksal? Volk und Führung 1* (1935) 3–10.

⁸ Henlein am 8. 10. 1933 vor der Presse. Konrad Henlein spricht 16f.

⁹ Wesen und Werden der SHF 10.

¹⁰ E b e n d a.

punkt erreicht hatte, und – ganz allgemein – des „völkische[n] Elend[s]“ der sudeten-deutschen Gesellschaft erwartet wurde¹¹. Parteien waren in der Konzeption der SHF zumindest als eigenständige Akteure nicht vorgesehen: Reinen Weltanschauungsparteien wie etwa der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei sprach die Heimatfront von Beginn an jede Existenzberechtigung ab, Interessenparteien wie dem Bund der Landwirte oder der Gewerbspartei war bestenfalls die Organisation ständischer Untergliederungen unter dem Dach und der politischen Führung der Heimatfront zgedacht.

Die Voraussetzungen für die praktisch-politische Durchsetzung der Volksgemeinschaftskonzeption und der von der SHF selbstbewußt beanspruchten Führungsrolle schienen zunächst allerdings nicht gerade günstig. Zum einen war naturgemäß bei den etablierten Parteien wenig Bereitschaft vorhanden, sich dem Führungsanspruch eines politischen Außenseiters zu unterwerfen. Vor allem aber stellte die bis zu den Parlamentswahlen im Mai 1935 latente Verbotsgefahr eine schwere Belastung für die Heimatfront dar. Der Zeitpunkt ihrer Gründung (wenige Tage vor dem erwarteten Verbot der beiden extremistischen Rechtsparteien DNSAP und DNP), die Übernahme eines Teils der Mitglieder der verbotenen Parteien, die bewußte Vermeidung klarer programmatischer Aussagen sowie die offenkundig am Vorbild der reichsdeutschen NSDAP orientierte Selbstdarstellung der SHF ließen die demokratiebejahenden und staatsloyalen Beteuerungen Henleins¹² unglaubwürdig erscheinen und nährten den in weiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit gehegten Verdacht, die Heimatfront sei eine getarnte, tatsächlich von Berlin aus gesteuerte und von Beginn an nationalsozialistisch orientierte Nachfolgeorganisation der verbotenen Rechtsparteien. Mit dem „Parteiengesetz“ vom 25. Oktober 1933, das auch die Auflösung von Ersatzorganisationen verbotener Parteien ermöglichte, war der Regierung die jederzeit aktivierbare rechtliche Handhabe für ein Vorgehen gegen die SHF gegeben¹³. Und die – vorübergehende – Inhaftierung der wichtigsten Henlein-Mitarbeiter und späteren Hauptleitungsmitglieder Walter Brand, Wilhelm Sebekovsky und Fritz Köllner schien darauf hinzuweisen, daß auf seiten der tschechischen Regierungsparteien offenbar durchaus die Bereitschaft vorhanden war, von den gesetzlich gegebenen Möglichkeiten auch Gebrauch zu machen¹⁴.

¹¹ E b e n d a.

¹² Vgl. neben den Äußerungen Henleins vor der Presse am 8. 10. 1933 (wie Anm. 8) etwa das Interview im „Večer“ vom 6. 10. 1934 oder die Rede in Böhmisches Leipa am 21. 10. 1934. Konrad Henlein spricht 22–41.

¹³ Zum „Parteiengesetz“ vgl. Slapnicka, Helmut: Recht und Verfassung in der Tschechoslowakei 1918–1938. In: Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1969, 93–111, hier 103.

¹⁴ Brand wurde am 23. 11. 1933 wegen Verdachts auf staatsfeindliche Tätigkeit nach § 2 und § 17 des Gesetzes zum Schutze der Republik verhaftet, Sebekovsky und Köllner am 10. 1. 1934 (zusammen mit Ernst Kundt, der als Leiter des Deutschpolitischen Arbeitsamtes enge Beziehungen zur SHF unterhielt, und dessen Mitarbeiter Oskar Kuhn). Bohemia vom 28. 11. 1933 und 13. 1. 1934. – Brand, Walter: Auf verlorenem Posten. Ein sudetendeutscher Politiker zwischen Autonomie und Anschluß. München 1985, 83f. (Veröffentlichung des Sudeten-deutschen Archivs 21).

Das drohende Verbot zwang die SHF-Führung, ihre grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber den etablierten Parteien in der politischen Praxis zu modifizieren. Wollte sich die SHF von dem Druck der Auflösung befreien und ausreichend Bewegungsspielraum für die Entfaltung ihrer politischen Tätigkeit gewinnen, mußte sie auf eine radikale Abgrenzungs- und Konfrontationspolitik gegenüber den konkurrierenden Parteien, vor allem aber gegenüber dem wichtigsten potentiellen Bündnispartner, dem Bund der Landwirte, verzichten. Damit aber war nicht nur der ideologische Anspruch der Heimatfront, sondern auch eines der Hauptelemente der SHF-Propaganda in Frage gestellt: der Appell an parteienfeindliche Ressentiments durch die Betonung des neuartigen Charakters der Heimatfront als Volksbewegung und ihrer demonstrativen Distanz gegenüber den durch ausbleibende ökonomische und nationalpolitische Verbesserungen diskreditierten aktivistischen Parteien. Ein Abrücken von dieser Position drohte damit die Chancen der Henleinbewegung zu beeinträchtigen, zum Sammelbecken des von den traditionellen Parteien nicht mehr glaubhaft artikulierten sozialen und nationalen Protestes in den Sudetengebieten zu avancieren.

Auf dem schmalen Grat zwischen Alleinvertretungsanspruch und drohendem Verbot waren die Beziehungen der SHF zu den traditionellen bürgerlichen Parteien, insbesondere zum BdL, entscheidend für die Zukunft der neuen politischen Kraft im sudetendeutschen Parteiengefüge¹⁵. Die Untersuchung dieser Beziehungen kann einen Beitrag zum Verständnis des unerwartet raschen Aufstieges der Henleinbewegung leisten, die nicht nur ungeachtet aller Zweifel an ihrem demokratischen Charakter dem Schicksal der Auflösung erfolgreich entging und als „Sudetendeutsche Partei“ an den Wahlen im Mai 1935 teilnehmen konnte, sondern gleichzeitig dem von ihr postulierten Alleinvertretungsanspruch überraschend nahekam, indem sie bei den Wahlen auf Anhieb rund zwei Drittel der sudetendeutschen Stimmen auf sich vereinen konnte¹⁶.

¹⁵ Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) und die (nicht national gebundene) Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) stellen in ihren Beziehungen zur SHF einen Sonderfall dar. Aufgrund der von beiden Seiten als unüberbrückbar betrachteten ideologischen Gegensätze schieden die zwei Arbeiterparteien, die sich auch bisher den nationalen Einigungsversuchen der bürgerlichen Parteien widersetzt hatten, als Adressaten der von der SHF ausgehenden Kooperations- bzw. Verschmelzungsbemühungen von vornherein aus. Da sich die SHF – die Überwindung der sozialen Gegensätze durch die Schaffung der Volksgemeinschaft propagierend – von Beginn an explizit auch an die Arbeiterschaft richtete, stellte sie bald eine ernsthafte Bedrohung für Sozialdemokraten und Kommunisten dar. Vor diesem Hintergrund beschränkten sich die Beziehungen zwischen beiden Lagern im wesentlichen auf wechselseitige Angriffe in den jeweiligen Presseorganen. Zur Reaktion von DSAP und KPTsch auf Gründung und Entwicklung der SHF vgl. Sator, Klaus: Anpassung ohne Erfolg. Die sudetendeutsche Arbeiterbewegung und der Aufstieg Hitlers und Henleins 1930–1938. Darmstadt 1996, insbes. 142–161 (WB-Edition Universität 2).

¹⁶ Eine ausgewogene und umfassende Darstellung der Beziehungen der SHF zu den traditionellen bürgerlichen Parteien fehlt. Die Beschäftigung mit dem Thema blieb bislang im wesentlichen auf die ältere, marxistisch orientierte tschechische Historiographie beschränkt, die einige der Grundzüge des Verhältnisses zwischen der Heimatfront und den etablierten bürgerlichen Gruppierungen durchaus zutreffend herausarbeitete, sich dabei aber – den ideologischen Vorgaben entsprechend – vorrangig um den Nachweis für die These bemühte, daß die bürgerlichen Parteien aufgrund des gemeinsamen Klasseninteresses in der Henleinbewegung

Die SHF und der Bund der Landwirte

Das Verhältnis zum Bund der Landwirte (BdL), der größten sudetendeutschen Partei im bürgerlichen Lager, war für die SHF in zweierlei Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Die sich zum Aktivismus bekennenden sudetendeutschen Agrarier waren eine der Stützen der in wechselnder Zusammensetzung seit 1926 bestehenden gemischtnationalen Koalition und verfügten in der Person des Parteichefs und Gesundheitsministers Franz Spina über direkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die Regierungspolitik. Von Spina, dem wichtigsten und einflussreichsten Fürsprecher sudetendeutscher Interessen im Kabinett, konnte am ehesten erwartet werden, daß er sich gegen ein etwaiges Verbot der Heimatfront einsetzen würde. Gleichzeitig schien der BdL, der einen bedeutenden Teil der Landbevölkerung erfaßte und sich Anfang Oktober 1933 als „Sudetendeutscher Landstand“ auf ständischer Grundlage neu konstituiert hatte¹⁷, bestens geeignet, unter dem Dach der Heimatfront und innerhalb einer nach ihren Vorstellungen umgestalteten Volksgemeinschaft die ständische Organisation der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zu übernehmen.

Auch aus der Sicht der sudetendeutschen Agrarier gab es Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit der Heimatfront. Dem maßgeblich von Spina bestimmten Konzept der BdL-Führung zufolge sollte die SHF als stabilisierendes Element den durch die Parteienverbote politisch heimatlos gewordenen Teil der sudetendeutschen Bevölkerung sammeln, dem Aktivismus zuführen und sich – als Gegenleistung für die vom

ausnahmslos einen Bündnispartner im Kampf gegen die „fortschrittlichen Kräfte“ in der Tschechoslowakei sahen und deshalb, die Verletzung demokratischer Grundsätze bereitwillig in Kauf nehmend, nach Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit suchten. Mit dieser undifferenzierten und die tatsächlichen Motivationskräfte verzerrenden Interpretation war – nicht zuletzt in Hinblick auf die Rechtfertigung der Deportation und Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg – gleichzeitig das Ziel verbunden, die politisch-ideologischen Unterschiede zwischen der „faschistischen“ SHF und den übrigen bürgerlichen Parteien zu verwischen. Typisch für diesen Ansatz ist die Einleitung der von František Štěpán zusammengestellten Quellensammlung: Spolupráce německých buržoazních stran s Henleinovskými fašisty v letech 1933–1935. Výběr dokumentů [Die Zusammenarbeit der deutschen bürgerlichen Parteien mit den Henlein-Faschisten in den Jahren 1933–1935. Dokumenten-Auswahl]. In: Sborník archivních prací 13 (1963) 3–62 (Einleitung 3–18). – Etwas differenzierter, aber auf schmalere Quellenbasis und deshalb mit zahlreichen Ungenauigkeiten und Mißdeutungen: Č e s a r, Jaroslav / Č e r n ý, Bohumil: Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918–1938 [Die Politik der deutschen bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918–1938]. Bd. 2. Praha 1962, 246–258, 262–275. – Bislang am umfassendsten ist die Darstellung von Novák, Otto: Henleinovci proti Československu. Z historie sudetoněmeckého fašismu v letech 1933–1938 [Die Henleinleute gegen die Tschechoslowakei. Zur Geschichte des sudetendeutschen Faschismus in den Jahren 1933–1938]. Praha 1987, 23 f., 31–36, 50–55. – Vgl. auch die populärwissenschaftliche Henlein-Biographie B i m a n, Stanislav / M a l í ř, Jaroslav: Kariéra učitele tělocviku [Die Karriere eines Turnlehrers]. Ústí nad Labem 1983, 75–89, 94 f., 108, 114 f. – Die Verhandlungen zwischen SHF und BdL sind – allerdings lückenhaft – dokumentiert bei Š t ě p á n: Spolupráce (zur Quellenkritik vgl. die Einführung der 1978 vom Sudetendeutschen Archiv in München als Bd. 6 der Reihe „Materialien zur sudetendeutschen Zeitgeschichte“ herausgegebenen Abschrift).

¹⁷ Bohemia vom 7. 10. 1933.

BdL gewährte Protektion – als ständische Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten der politischen Führung des BdL unterordnen¹⁸. So hoffte die Parteiführung, den politisch unerfahrenen Henlein und dessen neugegründete Bewegung unter ihre Kontrolle bringen und dadurch ihren Einfluß- und Wirkungsbereich über die Landbevölkerung hinaus ausweiten zu können. Gleichzeitig sollte einer Bedrohung der Stellung des BdL innerhalb des sudetendeutschen Parteiengefüges infolge einer befürchteten weiteren Radikalisierung der Bevölkerung oder auch eines möglichen Linksrutschs bei den kommenden Wahlen vorgebeugt werden¹⁹. Weniger aus parteitaktischen als aus ideologischen Motiven wurde ein Zusammengehen mit der Heimatfront auch von der den Theorien Spanns und der Idee der sudetendeutschen Einigungsbewegung nahestehenden jüngeren Generation um Gustav Hacker gefordert, die im „Bund der deutschen Landjugend“ und der „Landständischen Jungmannschaft“ organisiert war und mit Toni Müller, Franz Künzel und anderen über enge Verbindungen zum Kameradschaftsbund verfügte²⁰. Die Gegner des SHF-freundlichen Kurses der Parteiführung, dazu zählten in erster Linie die Parteisekretäre Raimund Graf und Josef Jannausch, konnten sich mit ihrer Position nicht durchsetzen²¹.

Bereits unmittelbar nach Gründung der SHF nahm der BdL über den Egerer Notar Johannes Fischer Kontakt mit der Führung der Heimatfront auf²². Der BdL signalisierte über Fischer seine Bereitschaft, der Heimatfront den Start in die Politik zu ermöglichen. Als Bedingung wurde genannt, daß Henlein keine ehemaligen Mitglieder der verbotenen Parteien in Führungspositionen aufnehmen dürfe und dem BdL

¹⁸ Aufzeichnung über einen Bericht des BdL-Sekretärs Josef Jannausch vom 24. 10. 1933. Archiv Kanceláře Prezidenta Republiky [Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik] (KPR), T 12/25, Teil V.

¹⁹ Typisch für Überlegungen dieser Art ist die von dem deutschen Gesandten in Prag, Walter Koch, aufgezeichnete Aussage Franz Krépeks, einem der einflußreichsten Vertreter der älteren Generation im BdL, wonach es „momentan nicht so sehr darauf an[kommt], unter welcher Parole die führerlose Jugend gesammelt wird, als daß sie überhaupt gesammelt und vor dem Abrutschen nach links bewahrt wird“. Bericht Kochs an das Auswärtige Amt (AA) vom 13. 5. 1934. Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil IV: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933–1935. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Heidrun und Stephan D o l e z e l. München 1991, Dok. 51, 111.

²⁰ L u h: Turnverband 246f. – N o v á k: Henleinovci 33, 51f. – B r a n d: Auf verlorenem Posten 81.

²¹ Bis Herbst 1934 hatten sich dem SHF-freundlichen Flügel des BdL zumindest fünf der zwölf BdL-Abgeordneten angeschlossen: Wolfgang Zierhut, Klubobmann Franz Hodina, Hans Wagner, Franz Heller und Rudolf Böhm, außerdem die Senatoren Robert Stöhr und Andreas Lippert. Zu den Gegnern Henleins zählten neben Graf und Jannausch der ehemalige Parteivorsitzende Franz Krépek sowie die Abgeordneten Christof Gläsel, Otto Halke, Franz Vier-eckel und Franz Windirsch. Zur innerparteilichen Frontenbildung vgl. die Aufzeichnung über einen Bericht Raimund Grafs vom 3. 11. 1934. Archiv Ústavu TGM/Benešův Archiv Republika [Archiv des TGM-Instituts/Beneš-Archiv der Republik] (AÚTGM/BAR), Mni-chov/252/16. – Aufzeichnung über einen Bericht Jannauschs vom 24. 10. 1933. KPR, T 12/25, Teil V.

²² B r a n d: Auf verlorenem Posten 80ff.

ein Mitspracherecht bei Personalfragen auf allen Organisationsebenen zugestanden würde. Henlein lehnte dieses Angebot zwar ab, da er die Unabhängigkeit der Heimatfront bedroht sah, doch das beiderseitige Interesse an einer Zusammenarbeit führte schon kurze Zeit später zu einem ersten Treffen auf höchster Ebene: Am 10. Oktober wurde Henlein von Spina im Gebäude des Gesundheitsministeriums in Prag-Smíchov empfangen. Der BdL-Minister forderte von Henlein als Voraussetzung und Grundlage für weitere Gespräche eine schriftliche Erklärung über das Verhältnis der SHF zum Staat, zum sudetendeutschen Aktivismus und zum BdL. Das daraufhin von Henlein verfaßte Memorandum ging ausführlich auf diese Fragen ein. Der SHF-Vorsitzende bekannte sich darin zu einer Verständigung mit der tschechischen Seite, er lehnte irredentistische Bestrebungen ab und erläuterte die positive Einstellung der Heimatfront dem Staat und einer möglichen Regierungsbeteiligung gegenüber. Henlein schlug eine Zusammenarbeit von SHF und BdL auf Grundlage der von beiden Seiten angestrebten ständischen Organisation des Sudetendeutschtums vor, wobei die Landbevölkerung von den Agrariern, alle anderen gesellschaftlichen Gruppen von der Heimatfront organisiert werden sollten. Dementsprechend forderte Henlein die Eingliederung der übrigen sudetendeutschen Parteien in die Heimatfront. Als Übergangsmaßnahme schlug der SHF-Vorsitzende die Bildung eines von ihm selbst zusammen mit Spina kontrollierten „Führerrates“ vor, in dem auch Repräsentanten der Christlichsozialen Volkspartei, der Gewerbspartei und der DAWG vertreten sein sollten.

Auf Grundlage dieser Erklärung kam es am 25. Oktober 1933 zu einem Treffen im Hotel „Blauer Stern“ in Prag, an dem Spina, der BdL-Abgeordnete Wolfgang Zierhut und der Landesausschußbeisitzer Leonhard Kaiser sowie Henlein, Wilhelm Sebekovsky und der Leiter des Deutschpolitischen Arbeitsamtes, Ernst Kundt, teilnahmen. Henlein versicherte, im Geiste des Memorandums mit dem BdL zusammenarbeiten und auf die Mitglieder der SHF einwirken zu wollen. Außerdem sagte der SHF-Vorsitzende zu, daß die Heimatfront keine ehemaligen DNSAP-Mitglieder als Funktionäre aufnehmen und bei ihrem Organisationsaufbau die Einflusßbereiche von BdL und Gewerbspartei, als deren Fürsprecher Spina auftrat, respektieren werde. Henlein verpflichtete sich, keine Ortsgruppen in Gemeinden zu gründen, in denen bisher ausschließlich der BdL vertreten war. Es wurde vereinbart, daß Fischer als Vertrauensmann des BdL in Eger (Cheb), wo sich die SHF-Zentrale befand, bei Verstößen gegen diese Vereinbarung direkt bei Henlein vorsprechen solle. Als Gegenleistung versprach Spina, sich in der Regierung für die SHF einzusetzen und gegebenenfalls zum Schutz der Heimatfront zu intervenieren²³.

Die Verhaftung der Henlein-Mitarbeiter Brand, Sebekovsky und Köllner im November 1933 und Januar 1934 wurde schon bald zum ersten Prüfstein der Oktober-Vereinbarung. Henlein wandte sich mehrmals brieflich an Spina, um diesen an

²³ Zu den ersten Kontakten zwischen SHF und BdL und zur Oktober-Vereinbarung vgl. Novák: Henleinovci 23f. Ausführlicher in ders.: Počátky henleinovského hnutí a československo-německé vztahy [Die Anfänge der Henleinbewegung und die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen]. In: Acta Universitatis Carolinae Philosophica et Historica 1978/2, 7–39, hier 33. Außerdem Bimán/Malíř: Kariéra 75–79.

sein Versprechen zu erinnern, sich für die Heimatfront einzusetzen²⁴. Tatsächlich wurde Henlein am 14. Februar auf Vermittlung Spinas von Innenminister Jan Černý empfangen. Černý soll versichert haben, daß er Henlein „voll vertraue“ und der SHF Verständnis entgegenbringe²⁵. Er sagte Henlein die Freilassung seiner Mitarbeiter zu²⁶, die dann am folgenden Tag auch wirklich erfolgte²⁷.

Parallel zu den ersten Kontakten zwischen der SHF und dem BdL traten auch die tschechischen Agrarier, die von Beginn an die Kooperationsbemühungen ihrer deutschen Schwesterpartei unterstützt und gegenüber den Koalitionspartnern gedeckt hatten²⁸, mit Henlein direkt in Verbindung²⁹. Der rechte Flügel der tschechischen Bauernpartei um Rudolf Beran, Adolf Vraný und Victor Stoupal betrachtete die Heimatfront als potentiellen Verbündeten in seinem Bestreben, nach den Wahlen eine konservativ-bürgerliche Koalition unter Ausschluß der sozialistischen Parteien zu bilden. Schon Ende 1933 traf sich Henlein erstmals mit Victor Stoupal, der an der Spitze der mächtigen mährischen Landesorganisation seiner Partei stand und in der Parteiführung eigentlich für die Beziehungen zum BdL zuständig war. Henlein soll von Stoupal mindestens zweimal – Ende 1933 und im Frühjahr 1934 – finanzielle Zuwendungen zur Unterstützung seiner Bewegung erhalten haben³⁰. Die tschechischen Agrarier schalteten sich dann im weiteren Verlauf der Kontakte zwischen SHF und BdL über Stoupal mehrere Male in die Verhandlungen ein, um in kritischen Situationen ein Scheitern der Gespräche zu verhindern.

Zunächst noch hatte die SHF-Führung jedoch lebhaftes Interesse an Verhandlungen mit dem BdL. Solange nämlich die Landwirterpartei hoffen konnte, ihre eigene Position mit Hilfe der Heimatfront zu verbessern, so das Kalkül der Hauptleitung, würde sich Spina in der Regierung gegen ein Verbot der Heimatfront aussprechen und der SHF so den dringend benötigten politischen und organisatorischen Handlungsspielraum verschaffen. An einem konkreten Abkommen mit den Agrariern war die SHF-Führung dagegen weit weniger interessiert. Sie befürchtete, in ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem BdL zu geraten und durch eine zu enge Zusammenarbeit mit einer der traditionellen Parteien in den Augen ihrer Anhänger diskreditiert zu werden³¹. Deshalb bemühten sich die SHF-Unterhändler³², die Verhandlungen in

²⁴ E b e n d a 83f. – N o v á k : Počátky 34.

²⁵ So die SHF-Hauptstelle in einer internen Weisung am 16. 2. 1934. Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Dokumentensammlung. Hrsg. v. Václav Král. Prag 1964, Dok. 8, 65f.

²⁶ B i m a n / M a l í ř : Kariéra 86.

²⁷ Bohemia vom 16. 2. 1934.

²⁸ Aufzeichnung über einen Bericht Jannauschs vom 24. 10. 1933. KPR, T 12/25, Teil V.

²⁹ Zu den Verbindungen zwischen SHF und den tschechischen Agrariern vgl. N o v á k : Henleinovci 52f. – S m e l s e r , Ronald M.: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik. München-Wien 1980, 96, 120. – B r ü g e l , Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918–1938. München 1967, 260. – L u ž a , Radomír: The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations 1933–1962. New York 1964, 73.

³⁰ E b e n d a.

³¹ In einem Vorschlag der SHF-Führung zur Zusammenarbeit mit dem BdL vom 6. 4. 1934 wurde darauf hingewiesen, daß allzu enge Bindungen an den BdL „im Augenblick angesichts

die Länge zu ziehen und ein den Interessen der Heimatfront zuwiderlaufendes konkretes Ergebnis möglichst zu vermeiden³³.

Für die Zeit bis zu den Wahlen strebte die SHF-Hauptleitung lediglich die Bildung eines gemeinsamen, paritätisch besetzten „Beratungsausschusses“ zur Koordinierung der Politik von Heimatfront und BdL an. Der von der SHF-Führung im April ausgearbeitete Vorschlag sah für dieses Gremium nur eng begrenzte Kompetenzen vor³⁴. So sollten Henlein und Spina, denen in allen Fragen das endgültige Entscheidungsrecht zugestanden wurde, dem Ausschuß nicht angehören. Nach den Vorstellungen der Hauptleitung sollte zwar der Wahlkampf in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit dem BdL geführt werden, eine Listengemeinschaft wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß die Sudetendeutschen erst an eine engere Kooperation der beiden Gruppierungen gewöhnt werden müßten. Außerdem könne durch ein getrenntes Vorgehen ein Maximum an Wählern angesprochen werden, darunter auch solche, die zwar der SHF (oder dem BdL) ihre Stimme geben würden, nicht aber einer gemeinsamen Liste. Erst für die Zeit nach den Wahlen sah das SHF-Konzept eine engere Zusammenarbeit vor: geplant war ein gemeinsamer „parlamentarischer Führungskörper“ unter Führung Spinass, der weiterhin die sudetendeutschen Interessen gegenüber der Regierung repräsentieren sollte, und ein gemeinsames außerparlamentarisches Führungsgremium mit Henlein an der Spitze, dem als eine Art „Mann des Volkes“ die Aufgabe zugeordnet war, die „Einheit beider Gruppen gegenüber dem Sudetendeutschtum“ zu verkörpern. Eine solche Regelung hätte es der SHF ermöglicht, unabhängig und weitgehend unbelastet von den Agrariern in die Wahlen zu gehen und dadurch sogar noch von dem erwarteten schlechten Abschneiden des BdL zu profitieren. Und als deutliche Wahlsiegerin hätte die Heimatfront dann die für die Zeit nach

der Diskreditierung des BdL von der Bevölkerung nicht verstanden werden. Henlein würde möglicherweise das Vertrauen innerhalb des Sudetendeutschums verlieren [...]“. Štěpán: Spolupráce, Dok. 1, 19.

³² Den SHF-Delegationen gehörten in der Regel die Hauptleitungsmitglieder Sebekovsky, der das im Juni 1934 eingerichtete Prager Büro der SHF leitete, Brand, der als eine Art Generalsekretär der Kanzlei Henleins in Asch (Aš) vorstand, sowie Rudolf Sandner an, häufig auch der Kreisleiter Franz May. Seltener waren Gustav Obrlik, Ludwig Frank, Karl Hermann Frank und Fritz Zippelius an den Verhandlungen beteiligt.

³³ Brand schildert die Verhandlungstaktik der SHF-Führung rückblickend so: „Es ging für uns alle schlicht und einfach darum, die Verhandlungen so zu führen, daß es zu keinem Bruch mit dem BdL kam und wir andererseits nicht in ein reguläres Abkommen gezwungen würden, das uns mehr oder weniger als selbständige politische Kraft ausspannt und uns zu einem bloßen Anhängsel der deutschen und tschechischen Agrarier degradiert hätte [...] Konrad Henlein hatte sich eine bauernschlaue Taktik zurecht gelegt. Er selbst nahm kein einziges Mal an diesen offiziellen Verhandlungen teil, er wich damit ganz bewußt der Gefahr aus, sich festnageln zu lassen. Außerdem wechselte die Delegation der SHF in ihrer Zusammensetzung ständig, so daß immer wieder der eine oder andere sagen konnte, er sei nicht im Bilde. Und waren wir einmal in einer Gesprächsrunde so in die Enge manipuliert worden, daß wir ja oder nein hätten sagen müssen, erklärten wir: dazu reiche unsere Vollmacht nicht aus. Wir müßten darüber Konrad Henlein und der Hauptleitung berichten. Damit war wieder Zeit gewonnen.“ Brand: Auf verlorenem Posten 97 f.

³⁴ Verhandlungsvorschlag der SHF-Hauptleitung vom 6.4.1934. Štěpán: Spolupráce, Dok. 1, 19f.

den Wahlen in Aussicht gestellten gemeinsamen Gremien problemlos beherrschen können, zumal die SHF durch die geplante Stellung Henleins in der Lage gewesen wäre, den BdL als direkt für die Regierungsarbeit verantwortliche Partei mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung im Rücken massiv unter Druck zu setzen.

Auf der Grundlage dieser Vorschläge sagte Anfang Mai 1934 die Führung der Landjugend Henlein ihre Unterstützung zu³⁵. Im Gegensatz zur Landjugend bestand die BdL-Führung bei den folgenden Gesprächen mit den Vertretern der Heimatfront jedoch auf einem Wahlabkommen, das die Bildung einer Listengemeinschaft beinhalten sollte. Am 16. Mai forderte Wolfgang Zierhut, der Hauptunterhändler des BdL, gegenüber Henlein, daß die gemeinsamen Wahllisten entsprechend dem – von Zierhut großzügig aufgerundeten – Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Bevölkerung zur Hälfte mit BdL-Kandidaten besetzt werden müßten. Zur Bekräftigung seiner Forderung drohte er mit dem Rückzug des BdL aus der Regierung (und damit mit dem Ende der Protektion durch die sudetendeutschen Agrarier) im Falle einer Wahlniederlage, die, so Zierhut unter Hinweis auf den Charakter des BdL als Regierungspartei, bei einem getrennten Vorgehen unausweichlich sei. Mit Hilfe der Listengemeinschaft, die dem BdL unabhängig von seinem tatsächlichen Abschneiden eine vorher festgelegte Anzahl von Abgeordneten garantiert hätte, hoffte die Parteiführung, der drohenden Wahlniederlage entgegen zu können³⁶.

Neben das umstrittene Wahlabkommen trat seit Sommer 1934 eine weitere Schwierigkeit: die Frage der Abgrenzung der Organisationsbereiche von SHF und BdL. Offenbar häuften sich Verstöße gegen die Oktober-Vereinbarung, in der sich die Heimatfront verpflichtet hatte, auf die Werbung von BdL-Mitgliedern und die Ausweitung ihrer Organisationstätigkeit auf reine Landgemeinden zu verzichten. Die BdL-Delegation warf Henlein am 17. Juli vor, daß es entgegen dieser Vereinbarung in einer Reihe von Bauerndörfern, in denen vorher lediglich der BdL vertreten war, zur Gründung von SHF-Ortsgruppen gekommen sei. Henlein wies die Vorwürfe zurück, gab aber zu bedenken, daß Bauern, die nicht BdL-Mitglied werden wollten, zunehmend von der DCVP aufgenommen würden, die in letzter Zeit große Werbeerfolge aufweisen könne³⁷. Am 14. August beschloß die Hauptleitung der SHF zwar, die in der Oktober-Vereinbarung vorgesehene Abgrenzung durch die Ausgabe einer entsprechenden Weisung zu bekräftigen. Allerdings war darin ausdrücklich – und entgegen den Forderungen des BdL – die Aufnahme jener Bauern vorgesehen, die nicht dem BdL beitreten wollten³⁸.

³⁵ Aufzeichnungen Sebekovskys vom 2.5.1934. E b e n d a Dok. 3, 21. Gustav Hacker, der führende Repräsentant der Landjugend, rief Anfang Mai öffentlich zu einer engen Zusammenarbeit zwischen BdL und SHF auf. Die Sudetendeutschen würden alle Hoffnungen auf die diesbezüglichen Entscheidungen Spinus und Henleins setzen. Der Führung dieser beiden Männer „sich restlos einzuordnen, ist für niemanden ein Wagnis, und solche Einordnung wird das sudetendeutsche Volk von allen, die ernst genommen werden wollen, fordern müssen“. Bohemia vom 5.5.1934.

³⁶ Aufzeichnungen Sebekovskys vom 16.5.1934. Š t ě p á n : Spolupráce, Dok. 7, 25ff.

³⁷ Verhandlungsprotokoll vom 17.7.1934. E b e n d a Dok. 10, 29f.

³⁸ Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 14.8.1934. E b e n d a Dok. 12, 31f.

Die umstrittene Abgrenzung der Wirkungsbereiche von SHF und BdL rückte zunehmend in den Mittelpunkt der im September wiederaufgenommenen Verhandlungen, ohne daß es in der Frage der Listengemeinschaft zu einer Einigung gekommen wäre. Um ein sich bereits abzeichnendes Eindringen der SHF in ihr traditionelles Wähler- und Mitgliederreservoir zu verhindern, bestand die BdL-Delegation auf der unrealistischen Forderung, daß die Heimatfront auch beitriftswillige BdL-feindliche Bauern abweisen müsse, selbst wenn diese dann an die gemeinsamen politischen Gegner verlorengingen. Zudem forderten die deutschen Agrarier, daß die SHF die bereits in ihren Reihen organisierte Landbevölkerung zu einem Übertritt in den BdL veranlassen sollte³⁹.

Ende September drohte den Verhandlungen dann aus einem anderen Grund das vorzeitige Ende. In der BdL-Führung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über den künftigen Kurs der Partei gegenüber der SHF. Spina zeigte sich aufgrund des beim Innenministerium eingelaufenen Materials überzeugt, daß Henlein seine Zusage nicht eingehalten habe, keine ehemaligen DNSAP-Mitglieder mit Funktionärsposten zu betrauen. Er schien entschlossen, mit der SHF zu brechen und seinen Widerstand gegen eine eventuelle Auflösung der Heimatfront aufzugeben⁴⁰. Zierhut und Hacker drängten dagegen auf eine Fortsetzung der Gespräche⁴¹ und konnten sich offenbar mit dieser Linie durchsetzen: Spina begnügte sich schließlich damit, Henlein in einem persönlichen Gespräch nochmals eindringlich zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu ermahnen⁴². Dabei warf er Henlein vor, daß die SHF nach wie vor das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die Agitation lege, ohne ihre Mitgliederschaft – wie in der Oktober-

³⁹ Verhandlungsprotokolle vom 17. 9. und 25. 9. 1934. E b e n d a Dok. 15 und 16, 34–41. Diese Forderung des BdL, die praktisch auf die Erzwingung von Parteiübertritten hinausläuft, zeigt deutlich, daß infolge der zunehmenden Bedrohung ihrer Position auch innerhalb der größten und bedeutendsten aktivistischen Partei die Bereitschaft zunahm, undemokratische Mittel der Politik zu akzeptieren. Bezeichnend dafür ist der Dialog, der sich im Zusammenhang mit der Übertrittsfrage entspann. Den Einwand Brands, man könne mit Rücksicht auf die demokratischen Grundsätze der Verfassung doch Mitglieder nicht zum Übertritt zwingen, wischte Zierhut mit einem Hinweis darauf beiseite, daß die Verfassung in der jetzigen Situation nicht so wichtig sei. Brand erwiderte, daß sich vielleicht der BdL eine solche Haltung leisten könne, nicht aber die SHF, der man ohnehin „scharf genug auf die Finger schaut“. Daraufhin sagte Zierhut laut Verhandlungsprotokoll, daß sich das ändern werde, „wenn Ihr erst mit uns seid“. E b e n d a 40.

⁴⁰ Aufzeichnung über eine Information des sozialdemokratischen Abgeordneten Siegfried Taub vom 27. 9. 1934. AÜTGM/BAR, Mnichov/252/16.

⁴¹ Graf zufolge war die SHF-freundliche Position Zierhuts, der zu den entschiedensten Befürwortern einer engen Zusammenarbeit mit Henlein gehörte, auch durch finanzielle Abhängigkeiten bedingt. Zierhut habe bei der Zentralbank der deutschen Sparkassen, die mit der Kreditanstalt der Deutschen verbunden war, Kredite in Millionenhöhe aufgenommen, ohne dafür bisher Zinsen gezahlt zu haben. Die Kreditanstalt, die indirekt auch zur Finanzierung der SHF beitrage, sei daran interessiert, die gemäßigten, SHF-kritischen Kräfte im BdL zu schwächen. Die indirekte finanzielle Abhängigkeit von der Kreditanstalt habe Zierhut bewogen, einen Henlein-freundlichen Kurs einzunehmen. Zierhut sei außerdem in eine Unterschlagungsaffäre in Zusammenhang mit dem BdL-Organ „Deutsche Landpost“ verwickelt, werde aber von Beran, mit dem er befreundet sei, gedeckt. Aufzeichnung über einen Bericht Grafs vom 3. 11. 1934. E b e n d a.

⁴² Aufzeichnung über einen Gesprächsbericht Spinass vom 29. 9. 1934. E b e n d a.

Vereinbarung vorgesehen – zu einer positiven Einstellung dem Staat und der Demokratie gegenüber zu erziehen. Die Heimatfront solle von ihren „faschistischen Werbemethoden“ Abstand nehmen und endlich ein eindeutiges Programm vorlegen, forderte der BdL-Vorsitzende. Das Mißtrauen der SHF gegenüber sei vollkommen gerechtfertigt, solange es ihr nicht gelänge, „zu Hitler, dem Dritten Reich, dem deutschen Nationalsozialismus, zur Frage der Revision und zur Habsburgerfrage“ einen eindeutigen Standpunkt zu beziehen. Henlein müsse einen „Trennungsstrich“ ziehen und sich „klar und unumwunden“ zur Demokratie und zum Republikanismus bekennen. Spina forderte Henlein auf, sich auf tschechischer Seite einen Partner zu suchen und seine Bewegung in das bestehende Parteiensystem einzuordnen. Ansonsten sei es mit der Patronanz vorbei⁴³.

Trotz der wachsenden Spannungen zwischen den Verhandlungspartnern begannen sich im September und Oktober 1934 die Grundzüge eines Kooperationsabkommens abzuzeichnen: Der BdL sollte entsprechend den Bestimmungen der Oktober-Vereinbarung das Organisationsmonopol auf dem Land grundsätzlich behalten, während die gesamte übrige Bevölkerung dem Einflußbereich der SHF zugeschlagen wurde. Für Streitfälle waren paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse vorgesehen. Zur Koordinierung der Politik beider Parteien war die Einrichtung eines „Führerrates“ geplant, der sich paritätisch aus Mitgliedern der SHF und des BdL zusammensetzen sollte. Der Führerrat hätte die Aufgabe gehabt, über alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten zu beraten und Einvernehmen herzustellen. Strittige Fragen sollten Spina und Henlein, die dem Gremium nicht angehört hätten, zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Es war vorgesehen, dem Führerrat eine Kanzlei und eine Pressestelle anzugliedern. Als Ziele des Abkommens nannte Zierhut am 25. September, ganz im Stile der SHF-Volksgemeinschaftsrhetorik, den „Neuaufbau“ des Sudetendeutschums, die „Konzentrierung der politischen Kräfte“ sowie die „Zusammenfassung der Volkskräfte“ unter einer einheitlichen Führung. Angestrebt werde außerdem eine „neue geistige Haltung“. Grundlage für die Zusammenarbeit von SHF und BdL sei die gemeinsame Ablehnung von Liberalismus, Marxismus und Diktatur sowie die angeblich übereinstimmende Haltung der Agrarier und der Heimatfront zum tschechoslowakischen Staat, zur Demokratie und zum sudeten-deutschen Volk⁴⁴.

⁴³ Aufschlußreich ist die persönliche Einstellung Spinas Henlein und der SHF gegenüber, die in dem Bericht deutlich zum Ausdruck kommt. Spina versicherte, daß er auch weiterhin an der Meinung festhalte, daß Henlein „persönlich gute Absichten hat, aber ein kindischer Phantast ist, der sich auf dem politischen Parkett nicht zu bewegen weiß“. Deshalb habe er ihm dringend geraten, „in seinen Reihen einen 30. Juni zu inszenieren [Anspielung auf die nach dem „Röhm-Putsch“ von Hitler angeordnete Ermordung der SA-Führung am 30. 6. 1934, J.-H. E.] und da ihm die Mittel dazu nicht zur Verfügung stehen, den Besen zu nehmen und alles hinauszuwerfen, was sich an Führern und Unterführern in seine Organisation eingeschlichen hat“. Die SHF sei eine „ausgesprochen amorphe Masse, und es wäre wirklich besser, wenn er die Hälfte über Bord wüfere und die bessere Hälfte zu konstruktiver Mitarbeit erziehen würde“. E b e n d a.

⁴⁴ Verhandlungsprotokolle vom 17. 9., 25. 9. und 5. 10. 1934. Š t ě p á n : Spolupráce, Dok. 15, 16 und 17, 34–43.

Um die SHF-Delegation zu einem raschen Abschluß zu bewegen, versuchte Zierhut während eines Treffens mit den Vertretern der Heimatfront am 2. Oktober, Druck auf die Gegenseite auszuüben. Im Auftrag Spinas berichtete er von der letzten Kabinettsitzung und beschrieb die Lage in bezug auf die Zukunft der SHF als „sehr ernst“. Doch das Drohpotential des BdL hatte mittlerweile einiges an Schrecken eingeübt: Im Verlauf der Gespräche war längst deutlich geworden, daß der BdL mit Blick auf seine Wahlchancen ein Verbot der Heimatfront und die damit verbundenen politischen Verwerfungen fast ebenso fürchtete wie die SHF-Führung selbst. Als Reaktion auf die Einschüchterungsversuche Zierhuts drohten die Vertreter der Heimatfront dann auch umgehend, sich aus der Politik zurückzuziehen, falls ihre Bemühungen um eine ehrliche Verständigungspolitik gegenüber den Tschechen nicht honoriert würden. Es war ein deutliches Zeichen für die langsame Umkehrung des ursprünglichen Abhängigkeitsverhältnisses, in dem sich die SHF anfangs gegenüber der Landwirtpartei befand, wenn sich nun die BdL-Delegation genötigt sah, die SHF-Vertreter mit Beschwichtigungsversuchen zu bestürmen. Die Führung der SHF habe Verantwortung für das gesamte Sudetendeutschtum übernommen, der sie sich nicht entziehen dürfe, betonte Zierhut. Ein Rückzug würde das Sudetendeutschtum in ein Chaos stürzen, in das auch der BdL mit hineingezogen würde⁴⁵.

Für beide Seiten rückte im Oktober die geplante programmatische Rede Henleins in den Mittelpunkt des Interesses. Während die SHF, dem andauernden Druck insbesondere von seiten der tschechischen Öffentlichkeit nachgebend, darauf hoffte, daß ihr die Verkündung ihres politischen Programmes die endgültige Anerkennung durch die Regierung bringen würde, drängte der BdL auf ein deutliches Loyalitäts- und Demokratiebekenntnis Henleins, um bei seinen deutschen und tschechischen Koalitionspartnern wegen der engen Kontakte zur Heimatfront nicht weiter in Mißkredit zu geraten⁴⁶. Außerdem sahen die BdL-Unterhändler eine Möglichkeit, durch ihren Beitrag zur Genehmigung der Veranstaltung die schwierigen Verhandlungen mit der SHF voranzubringen. Und schließlich hatte auch der rechte Flügel der tschechischen Agrarier mit Blick auf seine Koalitionspläne Interesse an einer öffentlichkeitswirksamen Kundgebung, durch die Bedenken gegen die erwogene Regierungsbeteiligung der Heimatfront entkräftet würden⁴⁷. Sowohl die tschechischen Agrarier als auch Spina trugen dann auch maßgeblich zur Genehmigung der SHF-Großveranstaltung in Böhmisches Leipa am 21. Oktober 1934 bei. Zierhut, der über die engsten Beziehungen zur Heimatfront verfügte, hatte versichert, daß man der SHF hinsichtlich ihrer Staatstreue trauen könne. Zudem erhielten die tschechischen Agrarier von Henlein als Gegenleistung für die Genehmigung die Zusage, daß sich die Heimatfront nach der Wahl unter der Führung Spinas an der aktivistischen Politik des BdL beteiligen und in die künftige Regierung eintreten würde⁴⁸.

⁴⁵ Verhandlungsprotokoll vom 5. 10. 1934. E b e n d a, Dok. 17, 58 f.

⁴⁶ Klepetař, Harry: Seit 1918... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Mährisch-Ostrau 1937, 363.

⁴⁷ Zur innenpolitischen Dimension der Rede Henleins vgl. Koch an AA vom 19. 10. 1934. Gesandtschaftsberichte IV, Dok. 72, 152 ff.

⁴⁸ Das berichtet jedenfalls Koch. E b e n d a 153.

Die mit Spannung erwartete Henlein-Rede brachte jedoch keinerlei neue Impulse für die festgefahrenen Verhandlungen mit dem BdL. Da es Henlein in Böhmisches Leipa trotz der bislang deutlichsten öffentlichen Distanzierung vom Nationalsozialismus nicht gelungen war, die Zweifel am Staats- und Demokratiebekenntnis der Heimatfront restlos auszuräumen⁴⁹, blieben auch die Bedenken am SHF-kritischen Flügel des BdL virulent. Insbesondere Spina äußerte sich wiederholt negativ über Henlein und die SHF⁵⁰. Demgegenüber drängten Zierhut und Hacker weiterhin auf eine Verständigung mit der Heimatfront⁵¹. Allerdings trafen sie dabei auf zunehmend geringere Resonanz auf seiten ihrer Gesprächspartner. Nachdem im Vorfeld der Veranstaltung von Böhmisches Leipa das Interesse der tschechischen Agrarier an der Heimatfront offenbar geworden war und die SHF-Führung damit nun nicht mehr allein auf den Schutz des BdL und Spinas angewiesen zu sein schien, erreichte die Verhandlungsbereitschaft der SHF einen neuen Tiefpunkt. In diese Richtung wirkte auch der zunehmende Druck, der von den ständigen Angriffen des nationalsozialistisch orientierten „Aufbruch“-Kreises⁵² auf die SHF-Führungsspitze und deren gemäßigten, verhandlungsorientierten Kurs ausging⁵³.

⁴⁹ Der Text der Rede ist abgedruckt in: Konrad Henlein spricht 22–41. – Zu den Reaktionen von Regierung und Öffentlichkeit vgl. Koch an AA vom 23. 10. und 5. 11. 1934. Gesandtschaftsberichte IV, Dok. 74 und 77, 162f., 167f. – Graf Pfeil an AA vom 29. 10. 1934. E b e n d a Dok. 75, 164ff.

⁵⁰ Koch an AA vom 23. 10. 1934. E b e n d a Dok. 74, 163. Während einer BdL-Tagung am 24. 10. 1934 äußerte Spina seine Unzufriedenheit mit den Ausführungen Henleins in Böhmisches Leipa: „Hier war eine einzigartige Gelegenheit, mit einem Schlage mit allen Dingen aufzuräumen, die Anlaß zu Mißtrauen gaben. Henlein ist aber in gewissen Punkten in seinen Ausführungen zurückgewichen.“ Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Dok. 18, 72.

⁵¹ Hacker hob gegenüber dem „Mladý Venkov“, dem Blatt der tschechischen Jungagrarier, die staatspolitische Bedeutung hervor, die dem „Gelingen des Werkes Konrad Henleins“ zukomme. Das Verhältnis der SHF zum Staat sei aufrichtig positiv. Sie entfalte eine beruhigende Wirkung auf die Sudetendeutschen, die durch das Wirken der Heimatfront als ein „geordnetes Element“ in den Staat eingereiht werden könnten, das den Staat ehrlich anerkenne und zur Mitarbeit bereit sei. Dadurch werde die „bisherige aktivistische Front mit allen ihren Konsequenzen erweitert“. Einen Übertritt der Landjugend zur SHF schloß Hacker jedoch aus. Bohemia vom 1. 11. und 2. 11. 1934.

⁵² Der „Aufbruch“-Kreis, benannt nach der gleichnamigen, von den ehemaligen DNSAP-Funktionären Rudolf Haider und Ferdinand Fischer herausgegebenen Zeitschrift, hatte sich nach dem Verbot der DNSAP zum wichtigsten Sammelbecken sudetendeutscher Nationalsozialisten entwickelt und gewann im Laufe des Jahres 1934 zunehmend an Einfluß innerhalb der Heimatfront. Dies führte im November 1934 zu Auseinandersetzungen in der Hauptleitung über mögliche Maßnahmen gegen ein weiteres Vordringen der Radikalen innerhalb der SHF; die von Brand geforderte offene Auseinandersetzung mit dem „Aufbruch“-Kreis wurde aber von Henlein und der Mehrheit der Hauptleitungsmitglieder abgelehnt, um ein Auseinanderbrechen der Heimatfront zu verhindern. Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 5. 11. 1934. Š t ě p á n : Spolupráce, Dok. 19, 44. Vgl. auch S m e l s e r : Sudetenproblem 97 und N o v á k : Henleinovci 48.

⁵³ Der „Aufbruch“ hatte bereits im Frühjahr 1934 die Aufnahme der Verhandlungen mit den kleineren bürgerlichen Gruppierungen zum Anlaß genommen, die Politik der SHF gegenüber den traditionellen Parteien scharf anzugreifen. Die Einheit des Volkes werde nicht „durch Kompromisse und Zusammenschluß möglichst vieler Grüppchen“ erreicht, sondern allein durch den „unbedingten fanatischen Kampf der neuen Menschen, durch unbeirrbares Festhalten an der besseren Weltanschauung“. Das „Packeln mit liberalistischen Vollbärten“,

Anfang November beschloß die Hauptleitung, konkrete Projekte wie das geplante Winterhilfswerk anstelle ergebnisloser „langer Verhandlungen“ in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit dem BdL zu stellen⁵⁴. Offenbar stand dahinter der Versuch, dem Druck des BdL in Richtung eines bindenden Wahl- und Abgrenzungsabkommens auszuweichen und mit Rücksicht auf die radikale Opposition innerhalb der Heimatfront mehr Abstand gegenüber den traditionellen Parteien zu wahren. Die nötige Rückendeckung für diesen auf Distanz und Unabhängigkeit bedachten Kurs erhoffte sich die Hauptleitung von einer weiteren Intensivierung der Kontakte zu den tschechischen Agrariern⁵⁵.

Die beiderseitige Unbeweglichkeit, insbesondere aber die kompromißlose Ablehnung der vom BdL geforderten Listengemeinschaft durch die immer selbstbewußter agierende SHF, vertiefte die Spannungen zwischen den beiden Verhandlungspartnern. Mitte Dezember signalisierte die BdL-Führung, daß sie ohne die Zustimmung der SHF in dieser Frage nicht weiterverhandeln werde und brach die Gespräche vorläufig ab⁵⁶. Zwar wurden die Verhandlungen am 22. Januar 1935 wieder aufgenommen, das von Zierhut wenige Tage später vorgelegte Abgrenzungsabkommen mußte jedoch – vor allem wegen der darin auch weiterhin vorgesehenen Übertrittsklausel – für die Heimatfront unannehmbar sein⁵⁷. Die SHF, die sich – ermöglicht durch die sinkende Bedeutung des BdL als Garant ihres legalen Fortbestehens – immer häufiger über die Oktober-Vereinbarung hinwegsetzte und seit Ende 1934 ihre Organisation auch auf dem Land zunehmend verdichtete⁵⁸, hätte möglicherweise einer vorübergehenden Beschränkung ihrer aktiven Werbetätigkeit zustimmen können. Die Zurückweisung beitragswilliger Landbewohner oder gar der Ausschluß von Mitgliedern zugunsten des BdL hätte jedoch innerhalb der Heimatfront Unverständnis und Widerstand hervorrufen können und wäre nach außen kaum zu vermitteln gewesen⁵⁹.

die Verhandlungen mit „fast vorsintflutlichen Gebilden“ würden, auch wenn ihnen nur rein taktische Erwägungen zugrunde lägen, „unabschbaren Schaden anrichten“, weil sich so die alte Generation durch die Hintertür wieder in die Politik einschleichen könne. H. F.: Sudenteutschum zwischen jung und alt. Aufbruch vom 17. 5. 1934.

⁵⁴ Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 5. 11. 1934. Št ě p á n: Spolupráce, Dok. 19, 44.

⁵⁵ „Politische Taktik: Zusammengehen mit den tschechischen Agrariern. Henlein ist bereit zu erklären, daß keinerlei Verbindungen nach links bestehen, dafür müssen sie [die tschechischen Agrarier, J.-H. E.] sich aber tatsächlich einsetzen. Bei den Verhandlungen [...] ist unbedingt unsere Selbständigkeit und die Unabhängigkeit vom BdL festzustellen.“ – E b e n d a. Vgl. auch S m e l s e r: Sudetenproblem 96.

⁵⁶ N o v á k: Henleinovci 52.

⁵⁷ BdL-Vorschlag vom 27[?]. 1. 1935. Št ě p á n: Spolupráce, Dok. 22, 47f. (laut „Rundschau“ vom 1. 4. 1935 wurde der Vorschlag bereits am 24. 1. 1935 vorgelegt).

⁵⁸ S m e l s e r, Ronald M.: At the Limits of a Mass Movement. The Case of the Sudeten German Party 1933–1938. BohZ 17 (1979) 240–264, hier 246f.

⁵⁹ Durch sein unkluges und in demokratischer Hinsicht zweifelhaftes Verhandlungsangebot brachte sich der seine demokratische Haltung betonende BdL in die ungünstige Situation, sich ausgerechnet von der SHF Verstöße gegen die Grundsätze der Demokratie vorhalten lassen zu müssen. Die SHF, schrieb die „Rundschau“ einige Wochen später, sehe in dem BdL-Vorschlag ein „Organisationsprinzip des Parteienzwanges für bestimmte Bevölkerungsschichten“, das „mit den verfassungsmäßig festgelegten Grundsätzen der Meinungsfreiheit und Koalitionsfreiheit unvereinbar ist“. Rundschau vom 1. 4. 1935.

Kurz darauf kündigte Henlein – offenbar gestärkt durch den positiven Verlauf der Kontakte zu Stoupal⁶⁰ und den organisatorischen Aufschwung der Heimatfront⁶¹ – während einer Kundgebung am 27. Januar 1935 in Marienbad (Mariánské Lázně) überraschend an, daß die SHF zwar weiterhin gute Beziehungen zum BdL pflegen wolle, aber unabhängig von den Agrariern in die Wahlen gehen werde⁶². Am gleichen Tag erschien in der SHF-Wochenzeitung „Rundschau“ ein Artikel, in dem der Anspruch der Heimatfront bekräftigt wurde, *alle* Sudetendeutschen – und nicht nur die städtische Bevölkerung – vereinigen zu wollen⁶³. Damit wurde die Oktober-Ver einbarung von seiten der SHF erstmals ausdrücklich und offiziell in Frage gestellt.

Die Landjugend, deren Vertreter am 5. Februar mit Henlein zusammengetroffen waren⁶⁴, verstärkte daraufhin ihren Druck auf die Parteispitze um Spina. Gustav Hacker, der Vertreter der Landjugend in der BdL-Reichsleitung⁶⁵, kündigte Anfang Februar seinen Rückzug aus der Parteiführung an, da die von ihm angestrebte Zusammen arbeit des BdL mit der Heimatfront gescheitert sei⁶⁶. Um den Rücktritt Hackers

⁶⁰ Hans Neuwirth, der zusammen mit Sebekovsky die Verhandlungen mit Stoupal führte, berichtete der Hauptleitung, daß sich Stoupal „sehr positiv“ über die SHF geäußert habe. Er betrachte die Heimatfront als „Garanten einer ehrlichen Politik mit den Deutschen“. Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 8. 1. 1935 in Št ě p á n : Spolupráce, Dok. 21, 47. Zu den Auswirkungen dieser Kontakte auf das Selbstbewußtsein der SHF-Führung in bezug auf die Verhandlungen mit dem BdL vgl. auch Klepetař : Seit 1918, 367.

⁶¹ Die Mitgliederzahl der SHF hatte zum Jahreswechsel 1934/35 die 100 000-Marke überschritten. Sm elser : Limits 263. – Zum Vergleich: Der BdL zählte 1930 als damals größte sudetendeutsche Partei rund 120 000 Mitglieder, die DSAP ca. 80 000. Linz, Norbert: Die Binnenstruktur der deutschen Parteien im ersten Jahrzehnt der ČSR. In: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1975, 201–223, hier 207, 217.

⁶² Henlein versicherte, daß die SHF weiterverhandeln wolle und keine aktive Agitation in den Reihen des BdL betreiben werde. Ein Wahlbündnis aber „kommt weder mit dem Bund der Landwirte noch mit einer anderen Partei in Frage“. Rundschau vom 3. 2. 1935. – Vgl. auch Bohemia vom 29. 1. 1935. – Koch an AA vom 31. 1. 1935. Gesandtschaftsberichte IV, Dok. 93, 199. – Bereits Mitte Januar 1935 hatte Henlein gegenüber dem VDA-Vorsitzenden Steinacher bemerkt, daß die SHF alleine in die Wahlen gehen werde. Sm elser : Sudetenproblem 95.

⁶³ „Die SHF war nie als Sammelbecken für die Anhänger der aufgelösten bzw. eingestellten Parteien und als politische Vertretung nur städtischer Bevölkerungskreise gedacht [...] Auch hat sich die SHF nie in dieser Richtung geäußert oder festgelegt. Konrad Henlein ist vielmehr ausdrücklich mit der Parole der politischen Einigung des Sudetendeutchtums überhaupt und der Zusammenarbeit seiner politischen Faktoren hervorgetreten.“ Rundschau vom 27. 1. 1935.

⁶⁴ Št ě p á n : Spolupráce, Dok. 23, 49ff.

⁶⁵ Die sudetendeutschen Parteien hielten – selbst wenn es sich wie im Fall des BdL um Neugründungen handelte – auch nach Entstehung der Tschechoslowakei an den bis 1918 in der Habsburgermonarchie üblichen Bezeichnungen der Parteigremien und Organisationsebenen fest, wobei der Terminus „Reichspartei“, nunmehr auf das Territorium der ČSR bezogen, für die gesamtstaatliche Organisationsebene verwendet wurde.

⁶⁶ Gleichzeitig versicherte Hacker jedoch in der „Deutschen Landpost“ vom 2. 2. 1935, daß es ausgeschlossen sei, daß er „mit dem Bund der deutschen Landjugend eine Schwenkung zur SHF vornehmen werde“. Die Bedingungen für die Volksgemeinschaft seien „bei uns keinesfalls durch eine totale Partei oder Bewegung gegeben [...], sondern in der Ordnung und gegenseitigen Entsprechung der lebensberechtigten sudetendeutschen politischen Kräfte“. Zit. nach C é s a r / Č e r n ý : Politika II, 254, Anm. 150.

und eine mögliche Abspaltung der Landjugend zu verhindern, zeigte sich Spina zu Konzessionen gegenüber der Jugendorganisation bereit. Er nahm Robert Hetz, einen der führenden Vertreter der Landjugend, in die Reichsleitung auf und ernannte einen neuen Verhandlungsausschuß, dem neben Zierhut mehrheitlich Angehörige der jüngeren Generation angehörten⁶⁷. Auf Drängen Stoupals, der die Heimatfront über eine Listengemeinschaft mit dem BdL verbinden und auf diese Weise einen starken Verbündeten seiner Partei schaffen wollte⁶⁸, kehrte schließlich auch die SHF wieder an den Verhandlungstisch zurück. Stoupal hatte Henlein mitgeteilt, daß der BdL im Falle einer Auflösung der SHF aus der Regierung austreten werde. Wenn der BdL hierzu bereit sei, müsse auch Henlein „Charakter haben und Opfer bringen“. Andernfalls werde der BdL das Getreidemonopol als Druckmittel einsetzen und dafür sorgen, daß zur SHF übergelaufenen Bauern kein Getreide mehr abgekauft würde⁶⁹. Daraufhin beschloß die Hauptleitung, es nicht zum Bruch mit dem BdL kommen zu lassen, da die SHF nicht in der Lage sei, die bei ihr organisierten Bauern wirtschaftlich zu schützen⁷⁰.

Am 19. Februar nahmen dann beide Delegationen die Gespräche wieder auf. Die SHF legte nun jedoch überraschend ein völlig neues Verhandlungsangebot vor, das die Fusion beider Organisationen auf Grundlage eines ständischen Aufbaus und die Neuwahl der Führungsgremien auf allen Ebenen vorsah⁷¹. Angesichts des zu Jahresbeginn – auch infolge des zunehmenden Vordringens der SHF in traditionelle BdL-Hochburgen auf dem Land – stark anschwellenden Massenzustroms neuer Mitglieder⁷² konnte die Hauptleitung damit rechnen, daß die Heimatfront in einer solchen neuen Organisation beherrschenden Einfluß ausüben würde. Es scheint allerdings angesichts der Äußerungen Henleins im Januar wahrscheinlich, daß die SHF-Führung bei der Formulierung ihres weitreichenden Vorschlags mit einer Ablehnung durch den BdL rechnete und – mit Rücksicht auf Stoupal – lediglich zum Schein weiterverhandelte⁷³.

Bereits am folgenden Tag lehnte die BdL-Reichsleitung den Vorschlag der SHF erwartungsgemäß ab. Zierhut begründete die Entscheidung der BdL-Führung in der „Deutschen Landpost“ damit, daß die Verschmelzung der beiden Organisationen erst am Ende einer Phase der Zusammenarbeit zwischen SHF und BdL stehen könne. Vorher müsse sich diese Zusammenarbeit erst bewähren. Die Aufgabe seiner Eigenstän-

⁶⁷ Novák: Henleinovi 53.

⁶⁸ Nach der von Stoupal in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Mandatsverteilung, der die bisher insgesamt 30 Mandate des BdL, der Gewerbspartei und der aufgelösten Parteien zugrundegelegt waren, hätte die SHF 15 Sitze bekommen sollen. Foustka, Radim N.: Konrád Henlein. Neoficiální historie jeho strany [Konrad Henlein. Inoffizielle Geschichte seiner Partei]. Praha 1937, 66.

⁶⁹ Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 4. 2. 1935. Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Dok. 22, 76.

⁷⁰ E b e n d a.

⁷¹ Verhandlungsprotokoll vom 19. 2. 1935. Št ě p á n: Spolupráce, Dok. 25, 52–58.

⁷² Allein von Januar bis April 1935 verdoppelte sich die Mitgliederzahl auf über 200 000. Die Zahl der Ortsgruppen stieg im gleichen Zeitraum von 1010 auf 2359. S m e l s e r: Limits 244, 262f.

⁷³ E b e n d a 249. – Vgl. auch d e r s.: Sudetenproblem 95.

digkeit komme für den BdL derzeit aber auch „aus nationalen und innerpolitischen Gründen nicht in Betracht“⁷⁴. Spina wies das Angebot der Heimatfront in noch schrofferer Form zurück. Er warf der SHF vor, ihr Vorschlag weise faschistische Tendenzen in Anlehnung an die Theorien Spanns auf⁷⁵.

Die Agrarier gerieten durch das Fusionsangebot der SHF vollends in die Defensive, zumal die „Rundschau“ nicht nur den aktuellen Vorschlag, sondern erstmals auch Details der bisherigen Verhandlungen veröffentlichte und dadurch der Eindruck erweckt wurde, der BdL behindere aus parteitaktischen Motiven die Schaffung der Volksgemeinschaft und sei lediglich auf Mandatssicherung aus⁷⁶. Während die Heimatfront gegenüber Stoupal ihren guten Willen zur Zusammenarbeit mit dem BdL gezeigt hatte und zudem einmal mehr als Vorkämpferin des sudetendeutschen Einheitsgedankens vor die sudetendeutsche Öffentlichkeit getreten war⁷⁷, schien die Landwirtepartei mit ihrer ablehnenden Haltung nur den Standardvorwurf der SHF zu bestätigen, wonach der Egoismus und das Machtkalkül der traditionellen Parteien die Hauptschuld an der desolaten wirtschaftlichen und nationalpolitischen Situation der Sudetendeutschen trügen. Tatsächlich wurde die Ablehnung des SHF-Vorschlages von Teilen der Öffentlichkeit und vor allem an der Parteibasis des BdL mit Unverständnis aufgenommen. Eine ganze Reihe von Ortsgruppen drohte der Parteiführung, die Verschmelzung auf lokaler Ebene eigenmächtig durchzuführen, falls es nicht rasch zu einer entsprechenden Einigung mit der Heimatfront komme⁷⁸.

Mit dem Fusionsvorschlag der SHF nahm die innenpolitische Bedeutung der Verhandlungen vor allem in Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen plötzlich deutlich zu. So hatte etwa der den linksgerichteten tschechischen National-Sozialisten nahestehende Außenminister Edvard Beneš keinerlei Interesse an einer engen Bindung zwischen SHF und BdL und der davon erwarteten Stärkung der konservativ-agrarischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus und in der Koalition. Bereits Mitte Februar hatte Walter Koch, der deutsche Gesandte in Prag, nach Berlin gemeldet, daß

⁷⁴ Zierhut in der „Deutschen Landpost“ vom 24. 2. 1935. Zit. nach César / Černý: *Politika II*, 254, Anm. 152.

⁷⁵ Koch an AA vom 28. 2. 1935. *Gesandtschaftsberichte IV*, Dok. 106, 220.

⁷⁶ *Rundschau* vom 24. 2. 1935. – Die SHF ließ auf dem Land sogar Flugblätter verteilen, die den Inhalt des SHF-Vorschlages wiedergaben und auf denen der BdL angegriffen wurde. Aufzeichnung über eine Information Grafs vom 4. 3. 1935. AÜTGM/BAR, Mnichov/252/16.

⁷⁷ Die „Rundschau“ und die Pressestelle der SHF kommentierten den Fusionsvorschlag öffentlichkeitswirksam mit pathetischem Eigenlob. Die Heimatfront habe erneut bewiesen, daß für sie die „wahre politische Einigung des Sudetendeutschums höher steht als die Erhaltung ihrer Parteiposition“. Nicht Wahl- oder Mandatsabkommen würden zur Volksgemeinschaft führen, sondern allein die „dauernde Zusammenfassung“ der aufbauwilligen Kräfte, wie sie die SHF vorgeschlagen habe: „Wir tragen die glühende und heilige Überzeugung in uns, daß die Idee, die wir zum Leben erweckt haben, nicht mehr vernichtet werden kann; wir sind von dem Glauben erfüllt, daß wir diese Idee auch allen Hindernissen und Widerständen zum Trotz zum siegreichen Ende führen werden“. *Rundschau* vom 24. 2. 1935. – *Bohemia* vom 21. 2. und 23. 2. 1935.

⁷⁸ *Bohemia* vom 26. 2. und 27. 2. 1935. – Koch an AA vom 15. 3. 1935. *Gesandtschaftsberichte IV*, Dok. 107, 221.

Beneš ein Zusammengehen der beiden Gruppierungen verhindern wolle. Beneš befürchte, daß ein solches Bündnis zu einer wirklichen sudetendeutschen Einheitsfront führen werde, was nicht in tschechischem Interesse liege. Deshalb müsse die SHF dazu bewegt werden, allein in die Wahlen zu gehen. Dafür solle ihr zugesichert werden, daß sie nicht aufgelöst werde. Beneš habe außerdem den Eindruck erweckt, als sähe er eine gewisse Schwächung der Agrarier nicht ungern⁷⁹. Die tschechischen Agrarier setzten sich dagegen weiterhin für die Bildung einer Listengemeinschaft von SHF und BdL ein. Sowohl Stoupal als auch der seit Februar 1934 amtierende Innenminister Josef Černý drängten die SHF während der ersten Märzhälfte mehrmals zu Zugeständnissen gegenüber dem BdL⁸⁰.

Allein der Druck von dieser Seite war dafür ausschlaggebend, daß sich die SHF bereitfand, die Gespräche mit dem BdL am 19. März wiederaufzunehmen⁸¹. Verhandlungsgrundlage war ein neuer Vorschlag der Heimatfront, über den sich die Vertreter der SHF bereits am 5. März mit der Landjugend geeinigt hatten⁸². Dieser Vorschlag sah zwar – anders als der Fusionsvorschlag – die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit beider Organisationen und die Bildung einer Listengemeinschaft vor, jedoch sollte ein fester Termin für die endgültige Verschmelzung von SHF und BdL nach den Wahlen vereinbart werden. Die SHF-Unterhändler forderten eine Garantie für die

⁷⁹ Koch an AA vom 15. 2. 1935. E b e n d a, Dok. 102, 214f. Vgl. dazu auch das Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 18. 3. 1935. Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Dok. 25, 77f.

⁸⁰ Dabei wurde deutlich, daß zumindest Stoupal offenbar bereit war, den BdL nach den Wahlen zugunsten einer gestärkten und bündnisbereiten SHF zu opfern. Sebekovsky berichtete jedenfalls am 11. 3. 1935 der Hauptleitung: „Stoupal drängt, daß Spina und Zierhut übernommen werden. Nachher könne ruhig der Kampf gegen Spina und Zierhut geführt werden. Stoupal habe kein Interesse an einem selbständigen BdL.“ Zit. nach S m e l s e r, Ronald M.: Die Henleinpartei. Eine Deutung. In: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multi-nationaler Parteienstaat. Hrsg. v. Karl B o s l. München - Wien 1979, 187–201, hier 196. Auch Innenminister Černý und Milan Hodža, slowakischer Agrarier und Landwirtschaftsminister, äußerten sich (gegenüber Rosche) sehr negativ über Spina. Dazu: Protokoll der Hauptleitungssitzung vom 18. 3. 1935. Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Dok. 25, 77f. Spina selbst war Anfang März den Angaben Grafs zufolge erneut entschlossen, mit den Verhandlungen „Schluß zu machen und die SHF aufzulösen“, falls eine Form gefunden werden könne, diesen Rückzug im Ministerrat zu rechtfertigen. Aufzeichnung über einen Bericht Grafs vom 4. 3. 1935. AÜTGM/BAR, Mnichov/252/16.

⁸¹ Friedrich Bürger, Tschechoslowakei-Referent beim Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) und Verbindungsmann der SHF in Berlin, teilte am 8. 3. 1935 dem Auswärtigen Amt mit, zwei Abgesandte Henleins seien in Berlin eingetroffen, um eine Stellungnahme der zuständigen Stellen im Reich zu den Verhandlungen der SHF mit dem BdL einzuholen. Henlein sei – die Billigung und Unterstützung aus dem Reich vorausgesetzt – bereit, in ein Wahlbündnis mit dem BdL einzutreten. Dies zeigt, daß die SHF eine Einigung zu diesem Zeitpunkt zumindest noch für möglich hielt. Da die SHF Zugeständnisse dem BdL gegenüber in dieser Phase sicherlich nur als letzten Ausweg zur Vermeidung eines Verbots in Erwägung gezogen hätte und dafür dann auch keine Zustimmung aus Berlin notwendig gewesen wäre, erscheint es wahrscheinlich, daß die Hauptleitung mit einem Einknicken der BdL-Verhandlungsführer und der Annahme der SHF-Forderungen rechnete. Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918–1945. Serie C: 1933–1937. Das Dritte Reich: Die ersten Jahre. Bd. III/2. Göttingen 1973, Dok. 525, 973f., Anm. 3.

⁸² Verhandlungsprotokoll vom 5. 3. 1935. Š t ě p á n: Spolupráce, Dok. 27, 59f.

spätere Fusion beider Organisationen als Voraussetzung für die Zustimmung zur BdL-Forderung nach einer Listengemeinschaft. Sowohl Zierhut als auch Hacker, der zunehmend von seinem ursprünglich SHF-freundlichen Kurs abrückte⁸³, lehnten eine Verschmelzung auch für die Zeit nach den Wahlen entschieden ab⁸⁴. Damit waren die Verhandlungen endgültig gescheitert, am 24. März entschied der Haupttrat der SHF, daß die Heimatfront definitiv alleine in die Wahlen gehen werde⁸⁵.

Das Scheitern der Gespräche beschleunigte den Erosionsprozeß am SHF-nahen Flügel des BdL dramatisch. In der BdL-Reichsleitung war es am 20. März zu schweren Auseinandersetzungen über den Kurs Spinaš gekommen. Franz Nitsch, Landesobmann von Mähren, und Franz Künzel, der mährische Landesjugendführer, traten zusammen mit anderen Oppositionellen zur SHF über. BdL-Klubobmann Franz Hodina legte aus Protest sein Amt und später auch sein Parlamentsmandat nieder. Auf allen Parteiebenen häuften sich nun die Übertritte, insbesondere in Westböhmen und Nordmähren wechselten ganze Ortsgruppen zur Heimatfront⁸⁶.

Mit dem Bekanntwerden des Bruchs zwischen SHF und BdL wurde allerdings auch die Auflösungsfrage plötzlich wieder aktuell. Angesichts der näherrückenden Wahllennahm der öffentliche Druck auf die Regierung, die SHF zu verbieten, deutlich zu⁸⁷. Im Kabinett waren die Befürworter eines Verbots – die tschechischen National-Sozialisten, die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Tschechoslowakische Volkspartei – in der Mehrheit. Zudem drohten nun auch die tschechischen Agrarier, ihren bisherigen Widerstand gegen einen Auflösungsbeschluß aufzugeben, wenn auch lediglich mit dem Ziel, die SHF unter Druck zu setzen und sie dadurch doch noch zu einem Einlenken in bezug auf ein Wahlbündnis mit dem BdL bewegen zu können⁸⁸. Noch am 5. April – die unmittelbar zuvor aufgrund eines Votums des schwerkranken Präsidenten Tomáš G. Masaryk getroffene Kabinettsentscheidung zugunsten der Heimatfront war noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen – unternahm Stoupal einen letzten Versuch, Henlein mit Hilfe der Auflösungsdrohung zu Zugeständnissen

⁸³ Nach dem Scheitern der Verhandlungen rechtfertigte Hacker im April 1935 seine Position in einem Brief an Henlein: „Du weißt, daß ich nicht umfallen konnte, da ich Dir am Tage unseres ersten Händedrucks erklärt habe, daß eine Schwenkung meinerseits mit der Landjugend zur SHF nicht in Frage kommt [...] Darüber, wer den Kampf zwischen BdL und SHF eröffnet hat, gibt es im Sudetendeutschum keinen Zweifel.“ Zit. nach C é s a r / Č e r n ý : *Politika II*, 257, Anm. 165.

⁸⁴ Verhandlungsprotokoll vom 19. 3. 1935. Š t ě p á n : *Spolupráce*, Dok. 28, 60f.

⁸⁵ K l e p e t a ř : *Seit 1918*, 386. – Henlein begründete diesen Schritt in einem Brief an Spina damit, daß sich der Haupttrat der SHF nicht in der Lage sehe, „lediglich einer gemeinsamen Wahlliste mit dem BdL zuzustimmen, ohne daß bindende Vereinbarungen über ein unlösliches Zusammengehen nach den Wahlen getroffen würden“. Henlein äußerte die Hoffnung, daß das durch das Scheitern der Verhandlungen bedingte Nebeneinander der beiden Organisationen sich nicht in ein „feindseliges Gegeneinander“ wandle. Rundschau vom 1. 4. 1935.

⁸⁶ K l e p e t a ř : *Seit 1918*, 386. – C é s a r / Č e r n ý : *Politika II*, 255. – Koch an AA vom 26. 3. 1935. *Gesandtschaftsberichte IV*, Dok. 109, 223f.

⁸⁷ Insbesondere in der tschechisch-nationalen und sozialdemokratischen Presse wurden mit Vehemenz Maßnahmen gegen die Heimatfront gefordert. L u ž a : *Transfer 77*. – K l e p e t a ř : *Seit 1918*, 367.

⁸⁸ Koch an AA vom 26. 3. 1935. *Gesandtschaftsberichte IV*, Dok. 109, 223f.

zu zwingen⁸⁹. Stoupal beendete eine mehrstündige Unterredung mit Henlein am Nachmittag des 5. April mit einem Ultimatum: Henlein solle binnen drei Stunden mitteilen, ob er bereit sei, mit dem BdL eine Listengemeinschaft einzugehen und Spina und Zierhut auf sicheren Plätzen kandidieren zu lassen. Sollte Henlein diese Bedingungen nicht erfüllen, seien die tschechischen Agrarier nicht mehr in der Lage, die SHF zu schützen. Es drohe dann die sofortige Auflösung. Nach Ablauf der Frist teilte Henlein Stoupal jedoch mit, daß – sollte die Listengemeinschaft mit dem BdL die *conditio sine qua non* sein – er notfalls auch bereit sei, auf die weitere Existenz der SHF zu verzichten. Unklar ist, ob Henlein frühzeitig über die bereits gefallene Entscheidung informiert war und das Täuschungsmanöver Stoupals durchschaute oder ob die Ablehnung des Ultimatus aus der Annahme resultierte, die Regierung werde es nicht riskieren, die SHF mit ihren mittlerweile über 200 000 Mitgliedern zu verbieten. Nachdem deutlich geworden war, daß Henlein kompromißlos bleiben würde, informierte Stoupal den SHF-Vorsitzenden noch am selben Abend über die Entscheidung der Regierung. Damit war der Weg für die eigenständige Teilnahme der SHF an den Wahlen endgültig frei.

Die SHF und die übrigen bürgerlichen deutschen Parteien

Das Verhältnis der SHF zu den nicht in der Regierung vertretenen deutschen bürgerlichen Parteien war geprägt von dem Bemühen der Hauptleitung, diese Gruppierungen zum Aufgeben ihrer Unabhängigkeit und zur Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs der Heimatfront zu bewegen. Dabei variierte die SHF-Führung Mittel und Intensität der Auseinandersetzung um die Durchsetzung ihrer Führungsrolle abhängig vom Charakter der einzelnen Parteien. Auch die Bereitschaft der verschiedenen Gruppierungen, ihre Selbständigkeit zugunsten eines Zusammenschlusses mit der SHF aufzugeben, war unterschiedlich stark ausgeprägt.

Der heftigste Widerstand schlug der SHF von seiten der größten sudetendeutschen Oppositionspartei, der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei (DCVP), entgegen⁹⁰. Henlein hatte der DCVP bereits bei seinem ersten öffentlichen Auftritt als SHF-Vorsitzender am 8. Oktober 1933 jede Existenzberechtigung abgesprochen. Angesichts des christlichen Charakters der neugegründeten Heimatfront „entfällt die Notwendigkeit einer gesonderten politischen Vertretung religiöser Belange“⁹¹. Die DCVP-Führung unter Reichsparteiobmann Karl Hilgenreiner lehnte jedoch ein Aufgehen in der SHF von Beginn an unmißverständlich ab. Die Bildung einer Einheitsfront, also die politische Zusammenarbeit der selbständigen bürgerlichen Parteien, schloß Hilgenreiner zwar nicht aus, für eine Einheitspartei sei die Zeit aber noch nicht reif⁹².

⁸⁹ Die Darstellung dieser Episode folgt einem Bericht Kochs, der sich auf Informationen aus „bester Quelle“ beruft. Koch an AA vom 10. 4. 1935. E b e n d a Dok. 112b, 233 ff.

⁹⁰ Zu den Beziehungen zwischen SHF und DCVP vgl. N o v á k : Henleinovci 32, 55.

⁹¹ Henlein vor der Presse am 8. 10. 1933. Konrad Henlein spricht 15f.

⁹² C é s a r / Č e r n ý : Politika II, 264, Anm. 194. – Hilgenreiner wiederholte während des Reichsparteitages der DCVP am 26./27. 5. 1934 in Prag den von ihm geprägten griffigen

Das Verhältnis zwischen der Heimatfront und den Christlichsozialen war geprägt durch gegenseitige Angriffe in den jeweiligen Parteiorganen, wobei die SHF der DCVP in erster Linie vorwarf, die Religion für politische Zwecke zu mißbrauchen⁹³. Nachdem es offensichtlich geworden war, daß mit einem geschlossenen Übertritt der DCVP zur Heimatfront nicht zu rechnen war, bemühte sich die SHF-Führung, einzelne Repräsentanten und Mitglieder der Partei oder ihr nahestehende Persönlichkeiten für die Heimatfront zu gewinnen⁹⁴. Auf die drohende Abwanderung zur SHF reagierten die Christlichsozialen – ohne größeren Erfolg – mit der Gründung einer eigenen Jugendorganisation, des „Christlichen Jugendbundes“, und der Aufnahme des Reichsjugendführers und der zwei Landesjugendführer in den Parteivorstand. Zudem wurde versucht, über den Aufbau eines „Katholischen Kaufmännischen Bundes“ als Standesvertretung katholischer Kaufleute der DCVP ein ständisches Profil zu verleihen⁹⁵.

Gegenüber der kleinen Deutschen Gewerbeartei (DGP), die bisher lediglich über Listengemeinschaften mit dem BdL oder den Christlichsozialen ins Parlament gelangt war, ging die SHF zunächst weniger aggressiv vor, denn die DGP (nach ihrer ständischen Neuformierung im Oktober 1933 auch „Ständebund für Handel und Gewerbe“⁹⁶) schien prädestiniert dafür zu sein, innerhalb der Heimatfront die organisatorische Grundlage für den Aufbau einer eigenen Standesorganisation der Gewerbe- und Handeltreibenden zu bilden. Kurz nach der Gründung der SHF forderte Henlein den Vorsitzenden der Gewerbeartei, Alois Stenzl, auf, mit seiner Partei zur Heimatfront überzugehen und dort seine Klientel auf ständischer Grundlage zu organisieren⁹⁷. Der DGP-Vorsitzende lehnte ab; Stenzl schwebte eine politisch-ständische Organisation der sudetendeutschen Gesellschaft vor, in der die SHF die Arbeiterschaft, der BdL die Landbevölkerung und die Gewerbeartei als dritte eigenständige Kraft die Handel- und Gewerbetreibenden vertreten sollte⁹⁸. Für dieses Konzept fand Stenzl Unterstützung bei Spina, der am 25. Oktober 1933 von Henlein die mündliche Zusage erwirkte, daß die SHF auf die Anwerbung von DGP-Mitgliedern verzichten werde⁹⁹. Da sich jedoch der BdL während der Verhandlungen mit der Heimatfront

Slogan „Deutsche Einheitsfront ja – deutsche Einheitspartei nein!“. Die Christlichsozialen seien „ohne Henlein groß geworden und leben auch weiter nicht von Henleins Gnaden“. Bohemia vom 29. 5. 1934.

⁹³ Offenbar wurde diese Auseinandersetzung zumindest vorübergehend durch den Abschluß eines „Burgfriedens“ zwischen Hilgenreiner und Henlein unterbrochen. Vgl. den Brief der SHF-Zentrale in Eger an Sebekovsky vom 14. 7. 1934. Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Dok. 12, 68.

⁹⁴ Vgl. etwa den Brief Henleins an Anton Alois Weber, Bischof in Leitmeritz (Litoměřice), vom 6. 9. 1934. E b e n d a Dok. 15, 70.

⁹⁵ Bohemia vom 29. 5. 1934. – C é s a r / Č e r n ý : Politika II, 264f.

⁹⁶ E b e n d a 246.

⁹⁷ Diesem Angebot zufolge sollte Stenzl die berufsständische Organisation von Handel und Gewerbe innerhalb der SHF übernehmen. Für die politische Leitung der Heimatfront war die Gründung eines Ausschusses unter Vorsitz Henleins vorgesehen, dem als Stellvertreter auch ein Mitglied der DGP angehören sollte. Rundschau vom 1. 5. 1934. Vgl. auch N o v á k : Počátky 34.

⁹⁸ F o u s t k a : Henlein 42.

⁹⁹ E b e n d a 42f. Vgl. auch Š t ě p á n : Spolupráce, Dok. 15, 34.

nur halbherzig für die Einhaltung dieser Vereinbarung einsetzte¹⁰⁰, fiel es der SHF leicht, sich schon bald darüber hinwegzusetzen. Vertreter der Heimatfront begannen – begleitet von örtlichen SHF-Mitgliedern –, gezielt bei Versammlungen der Gewerbeartei aufzutreten und den Übertritt zur Heimatfront zu fordern¹⁰¹. Gleichzeitig startete die „Rundschau“ eine Kampagne gegen die Gewerbeartei, in der der DGP vorgeworfen wurde, lediglich Einzelinteressen zu verfolgen und mit ihrer Weigerung, sich der Heimatfront zu unterstellen, die Herausbildung der Volksgemeinschaft zu behindern. Eine reine berufsständische Partei wie die DGP sei überflüssig, da in der von der SHF angestrebten Volksgemeinschaft ohnehin „für alle Berufe die gleiche Sorgfalt“ getragen werde. Um zu verhindern, daß einzelne Berufsstände aus Eigeninteresse die Volksgemeinschaft schädigten, müsse es über den verschiedenen Ständen eine „verantwortliche Führung des gesamten Stammes“ geben. Diese werde dann für die Verwirklichung der berechtigten Forderungen der Berufsstände sorgen. Auf diese Weise sei weit mehr zu erreichen als durch die wenigen Vertreter einer Splittergruppe wie der DGP¹⁰².

Die Angriffe der SHF hatten das Ziel, die DGP-Führung derart unter Druck zu setzen, daß sie ihren Widerstand gegen einen Zusammenschluß von Gewerbeartei und Heimatfront aufgeben würde. Auf dem Höhepunkt der Kampagne erneuerte die SHF-Hauptleitung deshalb ihr Fusionsangebot. In einem Brief an die DGP-Reichsparteileitung schlug Henlein am 11. Mai 1934 vor, die Organisationen von SHF und Gewerbeartei zusammenzulegen und innerhalb der Heimatfront eine Sektion für Handel und Gewerbe zu gründen, die anschließend ihre Führung sowie ihren Vertreter in der Hauptleitung frei wählen könne. Der parlamentarische Klub der DGP solle – in „engster Fühlung“ mit der Hauptleitung – bis zu den Wahlen bestehen bleiben. Bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die kommenden Wahlen werde der Berufsstand Handel und Gewerbe über die Zahl der bisherigen Parlamentssitze hinaus so viele Mandate erhalten, wie es seiner Bedeutung in der gesamten Bewegung entspreche. Henlein forderte die Gewerbeartei zur Zustimmung auf, da dadurch ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung der Volksgemeinschaft gemacht werde und die Lebensinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden nur „mit Unterstützung und im Wege einer volksgemeinschaftlichen politischen Organisation“ gewahrt werden könnten¹⁰³.

Die DGP lehnte zwar auch weiterhin die Aufgabe ihrer Selbständigkeit ab, bis zu den Wahlen schwankte sie aber unentschlossen zwischen einer Annäherung an den BdL und einem Zusammengehen mit der Heimatfront. Vor allem an der Basis zeigte der wachsende Druck der Heimatfront Wirkung. Mit Boykottandrohungen und Flugblattaktionen¹⁰⁴, unmittelbar vor den Wahlen auch mit dem Aufbau einer eigenen

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ Novák: Henleinovci 31. – Bohemia vom 8. 5. 1934. – Einem Bericht der „Rundschau“ zufolge wurde etwa Stenzl während einer DGP-Veranstaltung in Karlsbad, an der neben 38 Gewerbeartei-Mitgliedern rund 150 SHF-Anhänger teilgenommen hätten, von Rudolf Sandner scharf angegriffen. Rundschau vom 13. 5. 1934.

¹⁰² Rundschau vom 15. 4., 6. 5. und 27. 5. 1934.

¹⁰³ Abschrift des SHF-Vorschlages vom 11. 5. 1934. AÚTGM/BAR, Mnichov/252/17.

¹⁰⁴ SHF-Anhänger übergaben nach dem Einkauf Handzettel mit der Aufschrift „Soeben hat

„Standesgruppe Gewerbe und Handel“ (mit dem ehemaligen DCVP-Politiker Emil Enhuber an der Spitze), versuchte die SHF Kaufleute und Gewerbetreibende dazu zu bewegen, sich der Heimatfront anzuschließen. Die Zahl der Übertritte nahm stetig zu¹⁰⁵, und auch immer mehr DGP-Ortsverbände sprachen sich dafür aus, zur Heimatfront überzugehen¹⁰⁶. Kurz vor den Wahlen, am 18. April 1935, gab Stenzl ungeachtet aller Auflösungserscheinungen bekannt, daß die Gespräche mit der SHF endgültig gescheitert seien¹⁰⁷, und kurz darauf schloß sich die Gewerbestand mit einigen anderen kleineren Gruppierungen zu einem „Sudetendeutschen Wahlblock“ zusammen, auf dessen Liste sie dann in die Wahlen ging¹⁰⁸.

Auch die liberale Deutschdemokratische Freiheitspartei (DDFP)¹⁰⁹, die sich 1928 mit der aus der DNP ausgetretenen Rosche-Gruppe zur Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (DAWG) zusammengeschlossen hatte, entschied sich nach Verhandlungen mit der SHF im Mai 1934 und im März/April 1935, bei denen ihr zwei Mandate zugesichert wurden, für die Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und den Beitritt zum Sudetendeutschen Wahlblock¹¹⁰. Dagegen stand die Rosche-Gruppe, deren bedeutendster Repräsentant, der Abgeordnete Alfred Rosche, von Beginn an enge Beziehungen zur SHF unterhielt, einer Annäherung an die Heimatfront positiv gegenüber¹¹¹. Am 12. Mai 1934 bot die SHF Rosche für den Fall seines Übertritts ein

ein Mitglied der Heimatfront bei Ihnen gekauft“ an die Geschäftsinhaber. Vgl. den Bericht: Sudetendeutsche Heimatfront, její činnost a cíle [Die SHF, ihre Tätigkeit und Ziele] vom 10. 10. 1934 (ohne Verfasserangabe). E b e n d a.

¹⁰⁵ Anfang April trat sogar Hans Tichý, einer der beiden DGP-Senatoren, zur SHF über. *Bohemia* vom 11. 4. 1935.

¹⁰⁶ Der SHF-Kreisleiter Franz May behauptete Anfang September 1934 während einer Veranstaltung der DGP in Aussig (Ústí), daß bereits über 80% der sudetendeutschen Handel- und Gewerbetreibenden in der Heimatfront organisiert seien. Vgl. Sudetendeutsche Heimatfront, její činnost a cíle. AÚTGM/BAR, Mnichov/252/17.

¹⁰⁷ *Bohemia* vom 19. 4. 1935.

¹⁰⁸ Henlein verurteilte in seiner Marienbader Rede am 27. 1. 1935 solche Wahlbündnisse. Das Volk wolle klare Entscheidungen und keine Wahlmanöver, die Einheit nur vortäuschten. „Parteien, die nicht mehr so stark sind, selbständig in die Wahlen zu gehen, haben keine Daseinsberechtigung. Splitterparteien wie die Gewerbestand und die DAWG sollen deshalb verschwinden.“ Rundschau vom 3. 2. 1935.

¹⁰⁹ Die DDFP vertrat in erster Linie das deutsche liberale Großbürgertum und die Mehrheit der deutschsprachigen Juden in der Tschechoslowakei. Sie war bis 1935 durch zwei Abgeordnete und einen Senator in der Nationalversammlung vertreten. L i n z : Binnenstruktur 221 f.

¹¹⁰ C é s a r / Č e r n ý : Politika II, 267. – F o u s t k a : Henlein 68. – Es gab im Frühjahr 1934 innerhalb der SHF-Führung Überlegungen, einem jüdischen Vertreter der DDFP einen Listenplatz zu überlassen, um die Unterstützung der deutsch-jüdischen Presse zu gewinnen und gleichzeitig Regierung und tschechische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die SHF keine antisemitische Bewegung sei. Kundt an Henlein vom 10. 5. 1934. Š t ě p á n : Spolupráce, Dok. 6, 23 ff. – Zu den Verhandlungen zwischen SHF und DDFP s. Koch an AA vom 30. 5. 1934. Gesandtschaftsberichte IV, Dok. 53a, 115.

¹¹¹ Zu den Verhandlungen mit der Rosche-Gruppe vgl. B o y e r , Christoph: Zwischen „Tschechisierung“ und „Selbstbehauptung“. Die Deutschen in der Wirtschaft der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938). 2 Bde. Habil.-Schrift. Dresden 1996, 134 f. – N o v á k : Henleinovi 32 f., 50. – C é s a r / Č e r n ý : Politika II, 267, 274. – F o u s t k a : Henlein 37, 67.

Referat in der Parteiführung an¹¹², und am 28. Januar 1935 beschloß die Hauptleitung, ihm einen Platz auf der Wahlliste der SHF zuzusichern. Kurz vor den Wahlen wurde auch mit Gustav Peters, dem zweiten wichtigen Vertreter der Rosche-Gruppe, eine entsprechende Vereinbarung getroffen, obwohl an der Basis starke Vorbehalte gegen diese nationalliberalen Politiker geäußert wurden. Doch die Hauptleitung hoffte von dem Renommee der beiden Abgeordneten, die zudem über gute Kontakte zu tschechischen Regierungskreisen und zur deutschen Industrie verfügten, sowie von deren langjähriger parlamentarischer Erfahrung profitieren zu können¹¹³. Schließlich beschloß die Reichsvertretertagung der Rosche-Gruppe am 31. März 1935 den Übertritt zur Heimatfront. Rosche begründete diesen Schritt damit, daß angeblich in wesentlichen Punkten eine grundsätzliche Übereinstimmung der Positionen beider Gruppierungen festzustellen sei, so etwa in bezug auf die positive Einstellung zum tschechoslowakischen Staat, die Bejahung von innerer und äußerer Demokratie, die Ablehnung von Faschismus, Diktatur und Totalitätsansprüchen sowie die Forderung nach dem Aufbau der Volksgemeinschaft, der Gleichberechtigung der Sudetendeutschen im Staat und einem Ausgleich zwischen den Völkern¹¹⁴. Zusammen mit Rosche und Peters gingen eine Reihe bedeutender Vertreter des Deutschen Hauptverbandes der Industrie (DHI), wie etwa der Verbandsvorsitzende Max Mühlig oder der Vizepräsident Richard Doderer, zur SHF über, die dadurch auch in Hinblick auf künftige Finanzierungsquellen einen großen Erfolg verbuchen konnte¹¹⁵.

Über die Karpatendeutsche Partei (KdP) gelang es der SHF, ihren Einfluß auch auf die Slowakei auszudehnen. Die KdP arbeitete nach ihrer Gründung 1928 zunächst mit dem BdL zusammen und unterstützte dessen aktivistische Politik. Seit 1933 näherte sie sich jedoch unter dem Einfluß des Kameradschaftsbündlers Franz Karmasin, der nun innerhalb der Partei in den Vordergrund rückte, immer stärker dem von der SHF propagierten Einheitsgedanken an. Damit wurde die KdP für die SHF-Führung zum Ansatzpunkt für die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf die in der Slowakei lebenden Deutschen. Am 28. November 1934 forderte Henlein die Führung der KdP auf, mit der SHF zusammenzuarbeiten. Er versicherte, daß die SHF die eigenständige politische Entwicklung der Karpatendeutschen gewährleisten werde¹¹⁶. Doch erst im März 1935 konnte sich der SHF-freundliche Flügel in der Partei endgültig durchsetzen. Das schließlich am 28. März mit der Heimatfront ausgehandelte Wahlabkommen sah eine enge Zusammenarbeit beider Gruppierungen und die Beibehaltung der organisatori-

¹¹² Bohemia vom 13. 5. 1934.

¹¹³ Brand: Auf verlorenem Posten 101. – Von den im Mai 1935 gewählten 44 SdP-Abgeordneten verfügte abgesehen von Rosche und Peters nur noch Franz Hodina, der ehemalige BdL-Klubobmann, über parlamentarische Erfahrung auf gesamtstaatlicher Ebene. Zur Zusammensetzung des SdP-Klubs vgl. Balling, Mads Ole: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945. Bd. 1. Kopenhagen 1991, 279.

¹¹⁴ Bohemia vom 2. 4. 1935.

¹¹⁵ Boyer: „Tschechisierung“ 135.

¹¹⁶ Henlein an die Leitung der KdP vom 28. 11. 1934. Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Dok. 20, 74f.

schen Selbständigkeit der KdP vor. Die SHF sagte außerdem zu, Karmasin in einem sudetendeutschen Wahlkreis als Kandidaten für die Heimatfront aufzustellen und den Wahlkampf der KdP finanziell zu unterstützen¹¹⁷.

Ergebnisse

Gemessen an den beiden vorrangigen Zielen, die die SHF-Führung in ihren Beziehungen zu den konkurrierenden bürgerlichen Parteien verfolgte – die Vermeidung eines Verbots und die Durchsetzung ihres Alleinvertretungsanspruchs –, war die Bilanz der ersten Phase dieser Beziehungen bis zu den Wahlen im Mai 1935 insgesamt durchaus positiv.

Hinsichtlich der Verbotsfrage konnte sich die Hauptleitung zumindest bis Ende 1934 auf den Bund der Landwirte als Garanten ihrer Legalität verlassen. In der Hoffnung, den harmlos wirkenden und politisch unerfahrenen Henlein kontrollieren und für die eigenen Ziele einspannen zu können, setzte sich der BdL in der Regierung gegen ein Verbot der SHF ein. Wegen des Drucks der oppositionellen, SHF-nahen Parteijugend und der Befürchtung der gemäßigten Kräfte in der BdL-Führung, die Auflösung der SHF nur kurze Zeit nach dem Verbot der beiden Rechtsparteien würde die Sudetengebiete endgültig in ein unkontrollierbares Chaos stürzen oder zu Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Linksparteien führen, gelang es der Parteileitung um Spina jedoch nicht, die theoretisch als Instrument weiterhin zur Verfügung stehende Auflösungsdrohung glaubwürdig als Druckmittel einzusetzen, um die im Rahmen der Oktober-Vereinbarung von der Heimatfront geforderten Gegenleistungen (Bekanntnis zur Demokratie und zum bestehenden Staat, Erziehung der Mitglieder im Sinne des Aktivismus, keine Vergabe von Funktionärsposten an Nationalsozialisten, kein organisatorisches Eindringen in die Einflußbereiche von BdL und DGP) auch tatsächlich durchzusetzen. So überstand die SHF die kritische Anfangsphase ihrer Existenz, als ihr politisches Überleben am stärksten gefährdet schien, ohne Zugeständnisse, die ihre Unabhängigkeit substantiell eingeschränkt hätten. Der Schutz des BdL ermöglichte es der SHF statt dessen, weitgehend unbehellig von staatlichen Eingriffen ein eigenes Organisationsnetz aufzubauen und eine immer aggressiver werdende Werbe- und Propagandatätigkeit zu entfalten, die sich bald nicht nur gegen Sozialdemokratie und Kommunisten richtete, sondern zunehmend auch gegen die bürgerlichen Parteien und zuletzt die sudetendeutschen Agrarier selbst.

Die SHF-Unterhändler verstanden es ungeachtet ihrer politischen Unerfahrenheit, durch eine geschickte Verhandlungsführung die Gespräche mit den Agrariern unter Vermeidung eines Abkommens, das die weitere Expansion der Heimatfront beeinträchtigt hätte, in die Länge zu ziehen, ohne daß es dabei zu einem – die Protektion durch den BdL gefährdenden – Bruch gekommen wäre. Das schnelle Anwachsen der

¹¹⁷ Vertraulicher Anhang zum Wahlabkommen vom 28. 3. 1935. E b e n d a, Dok. 21b, 76. – Zu den Beziehungen zwischen SHF und KdP siehe K o v á č, Dušan: Vstup Karpatonemeckej strany do Henleinovského hnutia a fašizacia slovenských Nemcov v druhej polovici 30-tých rokov [Der Eintritt der Karpatendeutschen Partei in die Henleinbewegung und die Faschisierung der slowakischen Deutschen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre]. ČČH 37 (1989) 507–535, insbes. 518–522.

SHF zu einer Massenbewegung, die auch in die Mitglieder- und Stammwählerschaft des BdL einzubrechen drohte, und das seit Herbst 1934 deutlich zunehmende Interesse der tschechischen Agrarier an einer Zusammenarbeit mit der Heimatfront bewirkten schließlich, daß sich das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den beiden sudetendeutschen Gruppierungen langsam umzukehren begann. Während die SHF nur noch mit Rücksicht auf die tschechischen Agrarier weiterverhandelte, ansonsten aber, auf den Schutz des BdL immer weniger angewiesen, vor der Mißachtung der Oktober-Vereinbarungen kaum noch zurückschreckte, erblickte die BdL-Führung in einer Listengemeinschaft mit der Heimatfront die letzte Chance, der drohenden Wahniederlage doch noch entgegen zu können. Doch mit ihrem Massenanhang und großen Teilen der öffentlichen Meinung im Rücken sowie gestützt auf ihre Sympathisanten in den Reihen der tschechischen Agrarier und des BdL war die SHF mittlerweile selbst in der Lage, die Bedingungen für den Abschluß eines Abkommens zu diktieren: Die rettende Listengemeinschaft war für den BdL seit Februar 1935 nur noch für den Preis einer Fusion mit der Henleinbewegung und damit der Aufgabe seiner eigenständigen Existenz zu bekommen. Die Auflösungsdrohung als potentielles Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen war dem BdL längst aus der Hand genommen worden. Zwar wurde die Verbotsfrage Anfang April 1935 im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Wahlzulassung der SHF noch einmal aktuell, aber die an Bedeutung gewinnende innen- wie außenpolitische Dimension einer möglichen Auflösung hatte dazu geführt, daß der BdL seinen Einfluß auf die Entscheidung der Regierung weitgehend eingebüßt hatte.

In Hinblick auf die Durchsetzung ihres Alleinvertretungsanspruchs schien die Bilanz der SHF weniger erfolgreich ausgefallen zu sein: Mit Ausnahme der Rosche-Gruppe und der KdP verweigerten sich alle in Frage kommenden Parteien einer Angliederung an die Heimatfront oder dem Abschluß eines Wahlbündnisses. Trotzdem profitierte die SHF von den angeknüpften Kontakten. Sie verstand es, sich im Verlauf der Gespräche – und letztlich gefördert durch ihr Scheitern – als einzige ehrliche und unkorruptierbare Verfechterin des populären Einigungsgedankens zu profilieren. Das Angebot der SHF, die Interessen der verschiedenen Parteienklientelen über eine auf nationaler Grundlage geeinte Massenbewegung wirkungsvoller durchzusetzen zu können als es die bisherige, stark ausdifferenzierte gesellschaftlich-politische Organisationsstruktur ermöglichte, verfehlte gerade in den Jahren nach 1933, als angesichts wirtschaftlicher Not und nationaler Spannungen die herkömmliche, auf Parteienpluralismus basierende Organisation kollektiver Interessen gescheitert schien, nicht seine Wirkung. Die von massivem politischem und sozialem Druck in Form von aggressiven Pressekampagnen, Boykottaufrufen bis hin zu gesellschaftlicher Ausgrenzung begleiteten Übertrittsaufforderungen beschleunigten den Zerfallsprozeß innerhalb der traditionellen Parteien. Diese schwankten unentschlossen zwischen halbherziger Abgrenzung und Annäherung, ohne daß der Versuch unternommen wurde, der von der SHF ausgehenden Bedrohung durch eine Zusammenfassung der demokratischen Kräfte im sudetendeutschen Lager zu begegnen¹¹⁸. Indem sich die etablierten bürger-

¹¹⁸ Zu den strukturellen Ursachen dieses Unvermögens vgl. Heumos, Peter: Konfliktrege-

lichen Parteien fast ausnahmslos unter dem Druck der drohenden Wahlniederlage auf Verhandlungen mit der unverändert parteienfeindlich-autoritär orientierten SHF einließen, sich durch die Übernahme einer demokratisch verbrämten Volksgemeinschaftsrhetorik den Positionen der SHF immer mehr annäherten und damit selbst zur Verbreitung des Volksgemeinschaftsgedankens beitrugen, verliehen sie den antipluralistisch-parteienfeindlichen Zielsetzungen der Heimatfront Legitimität. Damit entzogen sie sich jedoch in den Augen der Wähler letztlich selbst ihre Daseinsberechtigung als unabhängige politische Kräfte und trugen dazu bei, daß die SHF zunehmend „salonfähig“ und auch für gemäßigtere nationalbewußte Kreise wählbar wurde. Auf diese Weise konnte nicht verhindert werden, daß die Erosion der Mitgliederbestände und des Wählerpotentials jener Parteien, die sich für die Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit entschieden hatten, immer stärker zunahm und das traditionelle Parteiengefüge mit dem erdrutschartigen Wahlsieg der SdP im Mai 1935 dann schließlich völlig zusammenbrach.

lung und soziale Integration. Zur Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. *BohZ* 30 (1989) 52–70, insbes. 67.